

■ Modellprojekt „Evaluation der Berufsfachschule in Hessen: Das Problem der Übergänge“

■ Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung

BLICKPUNKT



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

Vorgelegt von:

Prof. Dr. Dieter Münk
Prof. Dr. Josef Rützel
Christian Schmidt
Marcel Walter

Darmstadt, 23. Juli 2008

Gefördert durch:



Europäische Union
Europäischer
Sozialfonds

HESSEN



Hessisches
Kultusministerium

Hessisches Ministerium
für Wirtschaft, Verkehr und
Landesentwicklung



Inhaltsverzeichnis

0 Projektdaten	3
1 Einleitung	5
2 Evaluationsdesign des Projekts	7
3 Summative Evaluation des BGJ in Hessen	9
4 Die zweijährige Berufsfachschule: Strukturen und Bestand	13
5 Ergebnisse der quantitativen Schulleiterbefragung	22
5.1 Kennzahlen	22
5.2 Erfolgreicher Abschluss und Übergänge	23
5.3 Leistungsniveau und soziale Zusammensetzung	25
5.4 Praktika	28
5.5 Verbesserungsoptionen	29
5.6 Fazit	30
6 Ergebnisse des Schulleiterworkshops	32
7 Ergebnisse der Betriebsbefragung	37
8 Ergebnisse des Vergleichs der Berufsfachschulemodelle anderer Bundesländer	39
8.1 Die Berufsfachschulen in Hessen	40
8.2 Die Berufsfachschulen in Baden-Württemberg	43
8.3 Die Berufsfachschulen in Hamburg	48
8.4 Die Berufsfachschulen in Rheinland-Pfalz	55
8.5 Fazit	62

9 Verbesserungsvorschläge und Desiderate	65
9.1 Systemimmanente Reformansätze	67
9.2 Erweiterte Zielkategorie	69
9.3 Struktur des Übergangssystems	70
10 Ausblick	72
11 Literatur	74
Anhang I Fragebogen der Schulleiterbefragung	76
Anhang II Auswertung der Betriebsbefragung	80



0 Projektdaten

Projektname:	Evaluation der Berufsfachschule in Hessen: Das Problem der Übergänge
Projektnummer:	80084513 / AS100001/200
Teilnehmernummer:	5500042014
Bundesland:	Hessen
Projektlaufzeit:	01.04.2006 bis 30.06.2008
Förderung:	Hessisches Kultusministerium, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Europäischer Sozialfond
Berichtszeitraum:	01.01.2008 bis 30.06.2008
Durchführendes Institut:	Institut für Qualitätsentwicklung (IQ) Walter-Hallstein-Str. 5-7 65197 Wiesbaden www.iq-hessen.de Tel.: (0611) 5827-0 Fax: (0611) 5827-109
Verantwortlich:	Heinz Beek Leiter der Abteilung III „Akreditierung, Wirksamkeits- untersuchungen und Schulentwicklungsprojekte“ Tel.: (0611) 5827-300 E-Mail: h.beek@iq.hessen.de
	Claudia Galetzka Leiterin der Arbeitseinheit „Schulentwicklungsprojekte“ Tel.: (0611) 5827-350 E-Mail: c.galetzka@iq.hessen.de
Projektleitung:	Gunhild Redeker Tel.: (0611) 5827-358 E-Mail: g.redeker@iq.hessen.de
	Gerolf Stein Tel.: (0611) 5827-359 E-Mail: g.stein@iq.hessen.de

Projektkoordination: Hans-Jörg Gudenau (MinR a.D.)
E-Mail: boris.gudenau@web.de

Wissenschaftliche Konzeption
und Durchführung:



Technische Universität Darmstadt
Institut für Allgemeine Pädagogik und
Berufspädagogik
Alexanderstraße 6
64283 Darmstadt

Prof. Dr. Dieter Münk
Tel.: (06151) 16-6905, Fax: (06151) 16-6663
E-Mail: muenk@bpaed.tu-darmstadt.de

Prof. Dr. Josef Rützel
Tel.: (06151) 16-2007 / 16-4871
E-Mail: ruetzel@bpaed.tu-darmstadt.de

Christian Schmidt
Tel.: (06151) 16-4985
E-Mail: schmidt@bpaed.tu-darmstadt.de

Mitglieder des Projektbeirats: Heinz Beek, IQ
Claudia Galetzka, IQ
Hans-Jörg Gudenau, IQ
Wolfgang Kreher, HKM
Erwin Link, HWK
Prof. Dr. Münk, TU-Darmstadt
Prof. Dr. Rützel, TU-Darmstadt
Dr. Brigitte Scheuerle, IHK
Charlotte Venema, VhU
Monika Wenzel, HMWVL

Projekthomepage: <http://s1.teamlearn.de/b-1-iq-bgj>



1 Einleitung

In der aktuellen Diskussion um die Schwierigkeiten junger Menschen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt ist vom „Übergangssystem“ der beruflichen Bildung die Rede. Gemeint sind damit diejenigen Maßnahmen und Schulformen, welche die Jugendlichen auf den Übergang in Ausbildung oder Berufstätigkeit vorbereiten sollen und selbst keinen berufsbildenden Abschluss vermitteln. In allen vollzeitschulischen Schulformen der beruflichen Bildung, auf die diese Kriterien zutreffen, sind in den letzten Jahren die Schülerzahlen kontinuierlich angestiegen. Im Modellprojekt „Evaluation des vollschulischen Berufsgrundbildungsjahres in Hessen“ konnte gezeigt werden, dass das Berufsgrundbildungsjahr in Hessen (im folgenden BGJ) mit bedeutenden strukturellen Problemen bezüglich der Anschlüsse in berufliche Ausbildung konfrontiert ist. Um hieraus fundierte Schlüsse und Empfehlungen für das schulische Übergangssystem in Hessen insgesamt abzuleiten ist es erforderlich, die in Bezug auf die Schülerzahlen bedeutendste Schulform in den Blick zu nehmen: die zweijährige Berufsfachschule. Im Schuljahr 2006/2007 besuchten 14.018 Schülerinnen und Schüler diese Schulform (im BGJ schulisch waren es 3.455 Schülerinnen und Schüler).

Daher wurde in einer Projektverlängerung unter dem Titel „Evaluation der BFS in Hessen: Das Problem der Übergänge“ die zweijährige Berufsfachschule in Bezug auf ihre Rolle im hessischen Übergangssystem untersucht. Aufgabe war hier, ausgehend von den Problemen des BGJ zu untersuchen, inwieweit die zweijährige Berufsfachschule eine Reformoption für das BGJ darstellen könnte. Dafür war es zunächst notwendig, ein Bild darüber zu erhalten, ob und inwieweit in der zweijährigen Berufsfachschule ähnliche Probleme wie im BGJ vorliegen. Aufbauend darauf soll entschieden werden, ob die Überführung des Berufsgrundbildungsjahres in ein Berufsfachschulmodell eine Verbesserung zur jetzigen Situation darstellt und ob die im dritten Zwischenbericht aufgezeigten strukturellen Probleme des Berufsgrundbildungsjahres durch eine solche Umgestaltung gelöst werden könnten. Darüber hinaus sollte untersucht werden, ob eine Flexibilisierung durch den Einsatz von

Qualifikationsbausteinen eine Reformoption für den Übergangsbereich in Hessen darstellt.

Die hessische zweijährige Berufsfachschule weist erkennbare strukturelle und organisatorische Parallelen zum BGJ auf. Beide Schulformen vermitteln eine berufsfeldbreite Grundbildung, die als erstes Ausbildungsjahr angerechnet werden soll. Allerdings ist es aus mehreren Gründen unwahrscheinlich, dass die BFS in ihrer jetzigen Form für die Schülerinnen und Schüler des hessischen BGJ eine realistische Alternative darstellen:

- Die Eingangsvoraussetzungen der BFS sind höher als im BGJ nach neuer Verordnung (qualifizierter versus einfacher Hauptschulabschluss)
- Bei erfolgreichem Abschluss vermittelt die zweijährige Berufsfachschule die mittlere Reife
- Das qualitative und quantitative Niveau an den BFS ist schon wegen der Übergänge in die Fachoberschulen und beruflichen Gymnasien erkennbar höher und vermutlich nur von einem sehr geringen Teil der jetzigen Schülerschaft des BGJ zu erfüllen.

Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass die Leistungsanforderungen im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich von einem beträchtlichen Anteil der Schülerschaft des aktuellen BGJ eher nicht erfüllt werden könnten. Eine Modifizierung oder auch weitere Ausdifferenzierung der BFS in Hessen für die Bedienung von Teilen der derzeit im BGJ beschulten Schüler würde mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeuten, dass das derzeitige Leistungsniveau (bezogen auf die Eingangsvoraussetzungen und das Curriculum) abgesenkt werden müsste.

Diese erste Alternative der Verlagerung von Teilen der BGJ-Schülerschaft in Berufsfachschulen wird aktuell in einigen Bundesländern durch die Reform der „teilzeitqualifizierenden Berufsfachschulen“ (Hamburg, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg) umgesetzt. Dabei folgt das Modell von Rheinland-Pfalz einer Logik, bei der zwischen einer berufsvorbereitenden Phase (10. Schuljahr) und einer



weiterführenden Phase, die mit dem Erwerb der mittleren Reife abschließt (11. Schuljahr), unterschieden wird.

Der Kern des Problems der Schulformen im Übergangssystem ist der Übergang von benachteiligten Schülerkohorten an der Ersten Schwelle. Die aus Hessen bekannte Organisation dieser Übergänge im berufsbildenden Bereich ist (auch nach neuer BGJ-Verordnung) an einem relativ unflexiblen, zertifikatsorientierten und dichotomisierten Strukturmodell orientiert, das hochgradig selektive Wirkungen nach sich zieht. Als Alternative bietet sich an, ein Modell zu konzipieren, dass diese Übergangsphase nicht nach Schulformen, sondern nach unterschiedlichen Qualifizierungsformen, Qualifizierungschancen und Outcomes strukturiert und welches darüber hinaus auch die Dimension starrer Ausbildungszeiten etwa nach dem Vorbild der alternierenden Bildungsgänge aus dem europäischen und internationalen Ausland aufhebt. Ein solches Modell orientiert sich an zertifizierten Qualifizierungsbausteinen.

2 Evaluationsdesign des Projekts

Die Ziele des Projekts sollten durch ein Evaluationsdesign erreicht werden, welches sich in vier Phasen gliedert:

- Summative Evaluation des BGJ-Projektes (Defizitanalyse beschränkt auf die Perspektive BFS als Alternative)
- Sekundärstatistische, quantitative und qualitative Erhebung der Situation der BFS in Hessen
- Vergleichende (Dokumenten-)Analyse von Alternativmodellen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hamburg
- Entwicklung von Empfehlungen mit dem Ziel der Skizzierung eines integrativen Modells des Übergangs für das berufsbildende Schulwesen

Die summative Evaluation des BGJ-Projekts sollte dabei die für das BGJ festgestellten Defizite dahingehend überprüfen, ob sie mit einem Berufsfachschulmodell lösbar wären. Es ging also um einen Vergleich der Strukturen der beiden Schulformen bezogen auf die Problematiken, welche die BGJ-Evaluation aufgezeigt hat.

Um den Status Quo in der zweijährigen Berufsfachschule in Hessen zu erfassen wurden quantitative und qualitative Erhebungen mit Schulleiterinnen und Schulleitern von beruflichen Schulen realisiert, welche die zweijährige Berufsfachschule anbieten. Dabei wurde ein Workshop zum Thema „Probleme des Übergangs und Chancen der zweijährigen Berufsfachschule“ durchgeführt. Außerdem fand eine quantitative Online-Befragung der Schulleiter statt, um neben Einschätzungen und Meinungen auch aktuelle Daten zu dieser Schulform zu gewinnen.

Aus der föderalen Struktur der Bildungspolitik und aus historischen Entwicklungen ergibt sich die Tatsache, dass das Übergangssystem in Deutschland in jedem Bundesland verschieden institutionell ausgestaltet ist. In die Evaluation der zweijährigen Berufsfachschule geht daher eine Analyse der Berufsfachschulmodelle der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hamburg ein, da diese Bundesländer auf das BGJ verzichten bzw. dieses nie eingeführt hatten. Daher sind die Berufsfachschulmodelle dieser Bundesländer ein wichtiger Vergleichsgegenstand um zu ermitteln, wie die hessische zweijährige Berufsfachschule ausgestaltet sein müsste, wollte man das BGJ in sie integrieren. Ziel war es hierbei auch, zu vergleichen, wie andere Bundesländer auf das Problem des Anwachsens der Schülerzahlen im Übergangssystem reagieren und welche Reformoptionen sich daraus ergeben. Neben einer Dokumentenanalyse der einschlägigen Verordnungen und zugänglichen Dokumente der Kultusministerien wurden hierzu Expertengespräche mit Vertretern der Kultusministerien geführt.

Darüber hinaus wurde die Haltung der Ausbildungsbetriebe zur zweijährigen Berufsfachschule erhoben. Dabei stand eine Einschätzung der Praktika und der Qualifikationen der Absolventen der zweijährigen Berufsfachschulen im Vordergrund.



3 Summative Evaluation des BGJ in Hessen

Im Folgenden soll überprüft werden, welche Ansprüche die zweijährige Berufsfachschule erfüllen müsste, um die strukturellen Schwächen des BGJ beheben zu können. Dazu werden diese Schwächen, welche im dritten Zwischenbericht des Evaluationsprojektes ausführlich dargestellt sind (vgl. Rützel/Münk/Schmidt 2008), zusammengefasst und mit der Struktur der zweijährigen Berufsfachschule verglichen.

Die Strukturprobleme des schulischen Berufsgrundbildungsjahres liegen entweder im Übergang von der schulischen Grundbildung in die verkürzte Ausbildung begründet oder hängen mittelbar damit zusammen. Es gehen insgesamt wenige Schülerinnen und Schüler aus dem BGJ in eine duale Ausbildung über. Auf der Basis der Schulstatistik (LUSD) kann davon ausgegangen werden, dass lediglich 4% einer BGJ-Klasse in eine verkürzte Ausbildung übergehen. 22% gehen demnach in eine Ausbildung ohne Verkürzung über. In diesem Zusammenhang stellt die Anrechungsverordnung einen zentralen Problembereich des BGJ dar.

In seiner sozialstrukturellen Zusammensetzung ist das schulische BGJ in Hessen eine Schulform, die durch eine sehr homogene Vorbildungsstruktur geprägt ist. Der überwiegende Teil der Schülerschaft besitzt den Hauptschulabschluss (ca. 80%). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist hoch; fast die Hälfte (45%) besitzt ein Elternteil, das nicht in Deutschland geboren ist.

Ursprünglich sollte das BGJ eine berufliche Grundbildung vermitteln, die dem ersten Ausbildungsjahr entspricht. Die Betriebe in den meisten Berufsfeldern lehnen das BGJ allerdings überwiegend ab. Sie berufen sich in erster Linie auf eine Unvergleichbarkeit von schulischer und im Betriebsablauf vermittelter beruflicher Ausbildung.

Das BGJ ist nicht in allen Bereichen gleich aufgestellt, sondern weist einige deutliche interne Differenzierungen auf. Die deutlichste Differenzierung liegt in der Sonderstellung des Berufsfelds Holztechnik. Im Gegensatz zu den anderen Berufsfeldern gelingt es hier nach Angaben der Lehrkräfte, 25% der Schülerinnen und Schüler, in eine verkürzte Ausbildung überzugehen. Darüber hinaus ist die

Anrechnungsbereitschaft der Betriebe im Bereich Handwerk mit 50% sehr viel höher als im Bereich Industrie und Handel mit 9%. Die höheren Übergänge und die bessere betriebliche Verankerung des BGJ im Handwerk und dort vor allem im Berufsfeld Holztechnik treffen auf eine Polarisierung der BGJ-Klassen in zwei unterschiedliche Typen. Anhand einer Clusteranalyse konnten unter den Klassen des Berufsgrundbildungsjahres in Hessen zwei Typen ermittelt werden, die sich bezüglich der Übergänge in eine verkürzte Ausbildung und der Frauenanteile unterscheiden. Die Typen unterscheiden sich auch bei der Einschätzung der Klassenlehrerinnen und –lehrer bezüglich der Motivation der Schülerschaft und der Qualität der Ausbildung.

Auf der einen Seite sind die BGJ-Klassen, die nach Angaben der Klassenlehrerinnen und -lehrer dem ersten Ausbildungsjahr entsprechen und in welche die Schülerinnen und Schüler auch mit der Motivation eintreten, eine berufsfeldbreite Grundbildung zu erwerben. Hier gehen, ebenfalls nach Angabe der Lehrkräfte durchschnittlich drei Schülerinnen und Schüler in eine verkürzte Ausbildung über. In diesen Klassen befinden sich durchschnittlich 15 junge Männer und zwei junge Frauen.

Auf der anderen Seite finden sich Klassen, in denen die Lehrkräfte davon ausgehen, dass die einjährige Ausbildung kaum dem ersten Ausbildungsjahr entspricht und die Jugendlichen eher nicht das BGJ zwecks Erwerbs einer beruflichen Grundbildung besuchen. In diesen Klassen sind die Übergänge in verkürzte Ausbildung noch geringer (ein Schüler bzw. eine Schülerin pro Klasse). In diesen Klassen befinden sich überwiegend junge Frauen, und zwar durchschnittlich 13 gegenüber vier jungen Männern.

Hier kann davon ausgegangen werden, dass sich das BGJ de facto aufteilt in Klassen, die organisatorisch und bezüglich der Intentionen der Schülerschaft an dem Modell der Vermittlung einer beruflichen Grundbildung, welche dem ersten Ausbildungsjahr entspricht orientiert sind, während andere Klassen eher an der Orientierung und Stabilisierung der Schülerschaft ausgerichtet sind. Diese Aufspaltung erklärt sich über die Berufsfelder. In Berufsfeldern mit Bezug zum Handwerk wie Holzwirtschaft wird das Modell „berufliche Grundbildung“ aufrechterhalten, während vor allem in Berufsfeldern mit Bezug zu Dienstleistungs- und Wirtschaftsberufen das Modell „Stabilisierung“



vorherrscht. So wird im Berufsfeld Holztechnik in der Regel eine berufliche Grundbildung vermittelt, die sich am ersten Ausbildungsjahr orientiert. Auch im Berufsfeld Metalltechnik orientiert sich eine Mehrheit der Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer an diesem Modell. In den Berufsfeldern Ernährung und Hauswirtschaft sowie Wirtschaft und Verwaltung wiederum sagt eine knappe Mehrheit der Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer aus, dass sie sich an dem Modell Berufsvorbereitung und Stabilisierung orientiere. Dies hat letztendlich eine geschlechtsspezifische Aufteilung zur Folge, da die handwerklichen Berufsfelder stark von jungen Männern gewählt werden, während vor allem bei den personenbezogenen Dienstleistungen junge Frauen in der Mehrzahl sind (vgl. Rützel/Münk/Schmidt 2008).

Die Evaluation des schulischen Berufsgrundbildungsjahres hatte unter Anderem die Aufgabe, zu überprüfen, ob die neue Verordnung zu dieser Schulform die betriebliche Akzeptanz bezüglich des BGJ verbessern kann und somit höhere Übergänge in eine verkürzte Ausbildung ermöglicht. Die Veränderungen der Verordnung waren dabei folgende:

- Der Nachweis des Hauptschulabschlusses als Zugangsvoraussetzung
- Die Festschreibung von Mathematik als Fach
- Das in der Regel 160 Stunden umfassende Betriebspraktikum
- Die Abschlussprüfung, bestehend aus einem schriftlichen Teil, einer Projektprüfung und ggf. einer mündlichen Prüfung
- Die Fortführung der Pflicht zur Anerkennung des BGJ als erstem Ausbildungsjahr resultierend aus einer hessischen Anrechnungsverordnung

Auf der einen Seite sollte so versucht werden, durch organisatorische Verbesserungen wie dem Ausbau der Praktika, der Einführung der Abschlussprüfungen und der Festschreibung des Hauptschulabschlusses als Eingangsvoraussetzung, das Niveau des BGJ anzuheben und so die Bereitschaft der Betriebe zu steigern, das BGJ anzuerkennen. Darüber hinaus sollte das BGJ als berufliche Grundbildung profiliert werden, indem die Anrechnungspflicht bestehen bleibt und der Übergang in die verkürzte Ausbildung die einzige Anschlussoption darstellt.

Ein Jahr nach der Einführung der neuen Verordnung konnte zwar festgestellt werden, dass die organisatorischen Neuerungen (Praktika, Hauptschulabschluss als Eingangsvoraussetzung, Abschlussprüfung) umgesetzt wurden, allerdings gab es keine positiven Veränderungen bei den Übergängen. Darüber hinaus besteht das Problem, dass durch die geringen Übergänge in Ausbildung und den fehlenden schulischen Anschluss das BGJ einen Sackgassencharakter hat.

Wenn die zweijährige Berufsfachschule ein Reformmodell für das BGJ darstellen soll, muss sie eine Organisationsform vollschulischer Ausbildung sein, welche die in diesem Evaluationsvorhaben identifizierten strukturellen Probleme des BGJ nicht aufweist. Darüber hinaus sollte die zweijährige Berufsfachschule Vorteile gegenüber dem BGJ aufweisen, und zwar organisatorische, wie auch die Übergänge in Ausbildung und die Verankerung in den Ausbildungsbetrieben betreffend. Konkret bedeutet dies, dass die zweijährige Berufsfachschule deutlich bessere Übergangschancen bieten müsste und zwar sowohl bezüglich des Übergangs in eine Ausbildung als auch bezüglich eines schulischen Anschlusses, der eine weitere Verbesserung der Allgemeinbildung ermöglicht.

Außerdem dürfte die zweijährige Berufsfachschule nicht jene strukturellen Unterschiede entlang der Berufsfelder aufweisen, wie sie für das BGJ typisch sind. Hier müsste im Gegenteil eine betriebliche Verankerung in allen Berufsfeldern, in denen die zweijährige Berufsfachschule angeboten wird, gegeben sein. Unter Verankerung ist dabei zu verstehen, dass die schulische Ausbildung in dem entsprechenden Berufsfeld von den Ausbildungsbetrieben geschätzt wird und Abgänger der zweijährigen Berufsfachschule regelmäßig in nennenswerter Anzahl unter den Azubis zu finden sind.

Darüber hinaus sollte eine Orientierung des BGJ an der zweijährigen Berufsfachschule nicht dazu führen, dass die positiven Aspekte des BGJ, vor allem der Ausbau der betrieblichen Praktika, wieder zurückgenommen werden. Die zweijährige



Berufsfachschule müsste also mindestens so gute Möglichkeiten bezüglich der betrieblichen Praktika eröffnen wie das BGJ.

Aktuell stellt sich das schulische Übergangssystem in Hessen als ein System der Abgangsselektion dar. Je nachdem, welchen allgemein bildenden Schulabschluss die Schülerinnen und Schüler haben verteilen sie sich auf die Schulformen Eibe bzw. Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (ehemals BVJ), BGJ und zweijährige Berufsfachschule. Bei der Zuweisung auf BGJ und zweijährige BFS spielt die Unterscheidung zwischen qualifiziertem Hauptschulabschluss und nicht qualifiziertem Hauptschulabschluss die entscheidende Rolle. Dabei ist davon auszugehen, dass der Leistungsstand in der zweijährigen BFS höher ist als im BGJ, da hier die Schülerinnen und Schüler mindestens einen qualifizierten Hauptschulabschluss haben. Somit ergibt sich die Situation, dass in fast allen Schulformen des Übergangssystems den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben wird, einen höherwertigen allgemein bildenden Abschluss zu erwerben. Lediglich das BGJ bietet diese Möglichkeit nicht.

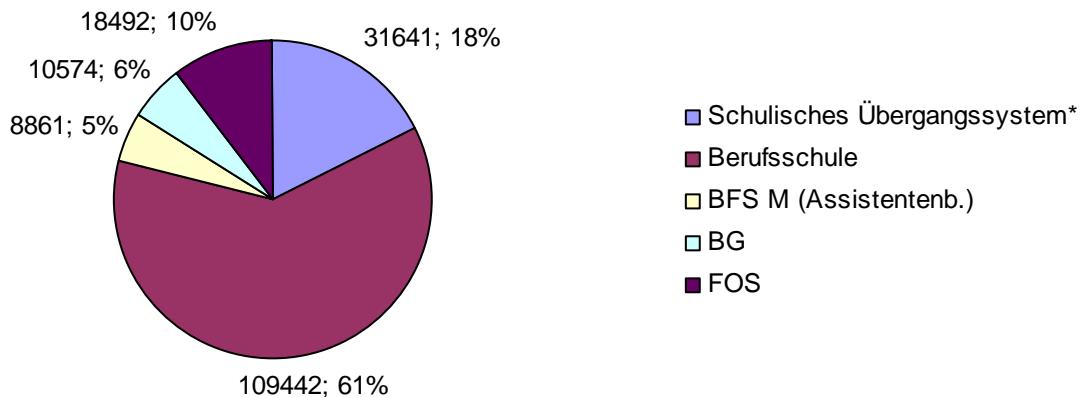
Wenn das BGJ in der zweijährige Berufsfachschule aufgehen soll, ist die Frage zu klären, ob und wie diese Abgangsselektion weitergeführt werden soll und welche Funktion dem qualifizierten Hauptschulabschluss zukommt.

4 Die zweijährige Berufsfachschule: Strukturen und Bestand

Sowohl die zweijährige Berufsfachschule als auch das BGJ stellen Schulformen dar, welche keinen berufsqualifizierenden Abschluss vermitteln und den Übergang in eine berufliche Ausbildung ermöglichen sollen. Somit werden sie in der neueren Fachliteratur dem Übergangssystem zugeordnet. Die hohen Zahlen in diesem Segment des Berufsbildungssystems verweisen auf den Problemdruck, der hier erwächst, da der Übergang aus dem Übergangssystem in eine berufliche Ausbildung in der Regel prekär ist. Dies trifft, wie in den folgenden Kapiteln und im dritten Zwischenbericht dargestellt, auch für die zweijährige Berufsfachschule und das BGJ in Hessen zu (vgl. Rützel/Münk/Schmidt 2008).

Betrachtet man zunächst die Schülerzahlen an den beruflichen Schulen in Hessen, dann wird deutlich, dass der überwiegende Teil der Schülerschaft in der Berufsschule unterrichtet wird und sich somit im dualen System befindet.

Abb. 1: Schülerzahlen im Berufsbildungssystem Hessen, Schuljahr 2006/2007



*Eibe, BGJ (schulisch/koop.), einj. höh. BFS (HH), zweij. BFS, BzB (ex BVJ)

Quelle: HESIS Sonderauswertung

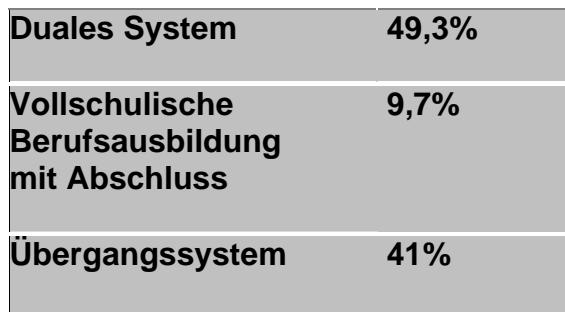
Diesen 61% der Schülerinnen und Schüler stehen 18% gegenüber, die in Schulformen des Übergangssystems unterrichtet werden. Dies sind immerhin 31.641 Schülerinnen und Schüler. Darüber hinaus kann die Schulstatistik keine Angaben zu den Jugendlichen geben, die, nachdem sie von der allgemein bildenden Schule abgegangen sind, in einer Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit verblieben sind.

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2008“ weist Zahlen zu Verteilung der Neuzugänge in das Ausbildungssystem aus und berücksichtigt dabei auch die Übergänge von den allgemein bildenden Schulen in die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Die Betrachtung der Verteilung der Schulabgänger der allgemein bildenden Schule erlaubt eine realistischere Einschätzung dahingehend, welchen Anteil an Schülerinnen und



Schüler das duale System aktuell aufnimmt und wie hoch der Anteil derer ist, die im Übergangssystem verbleiben.

Abb. 2: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2006 in Hessen



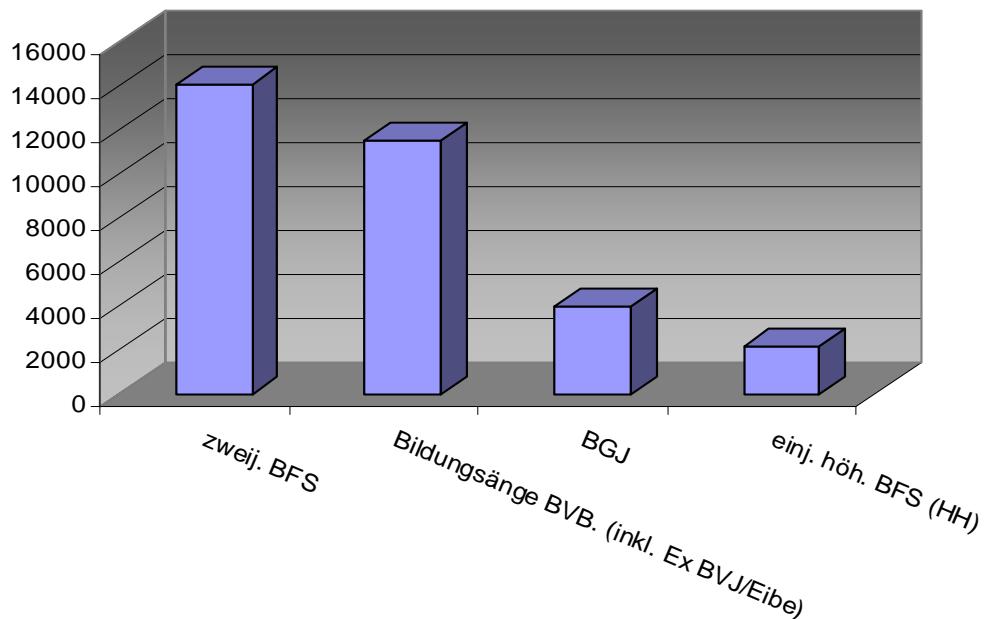
Quelle: Bildung in Deutschland 2008, S. 89

Nach diesen Zahlen verblieben im Jahr 2006 41% der abgehenden Schülerinnen und Schüler in Hessen im Übergangssystem.

Innerhalb des schulischen Übergangssystems in Hessen stellt die zweijährige Berufsfachschule mit Abstand die größte Schulform in Bezug auf die Schülerzahlen dar.

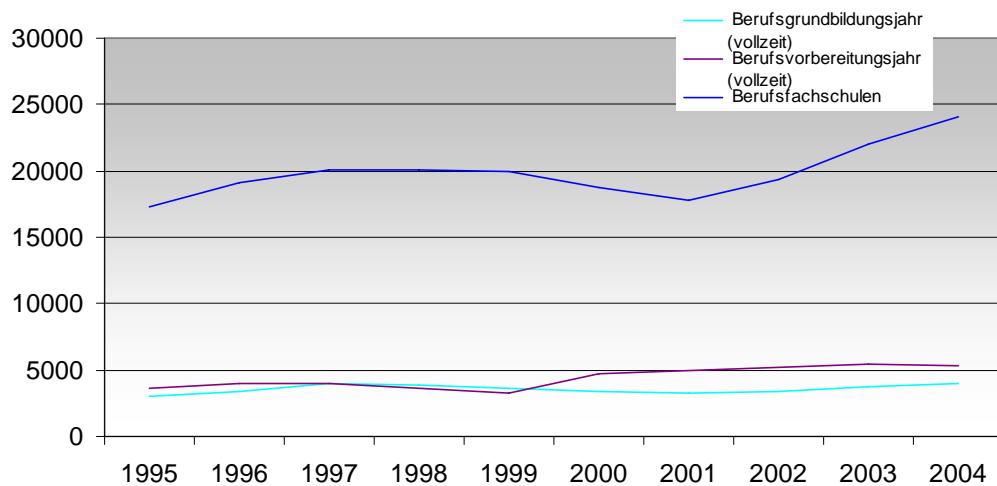
Die Betrachtung der Schülerzahlen im Zeitverlauf zeigt, dass vor allem in den Berufsfachschulen die Schülerzahlen in den letzten zehn Jahren stark angestiegen sind.

Abb. 3.: Schülerzahlen hessisches Übergangssystem, Schuljahr 2006/2007



Quelle: HESIS Sonderauswertung

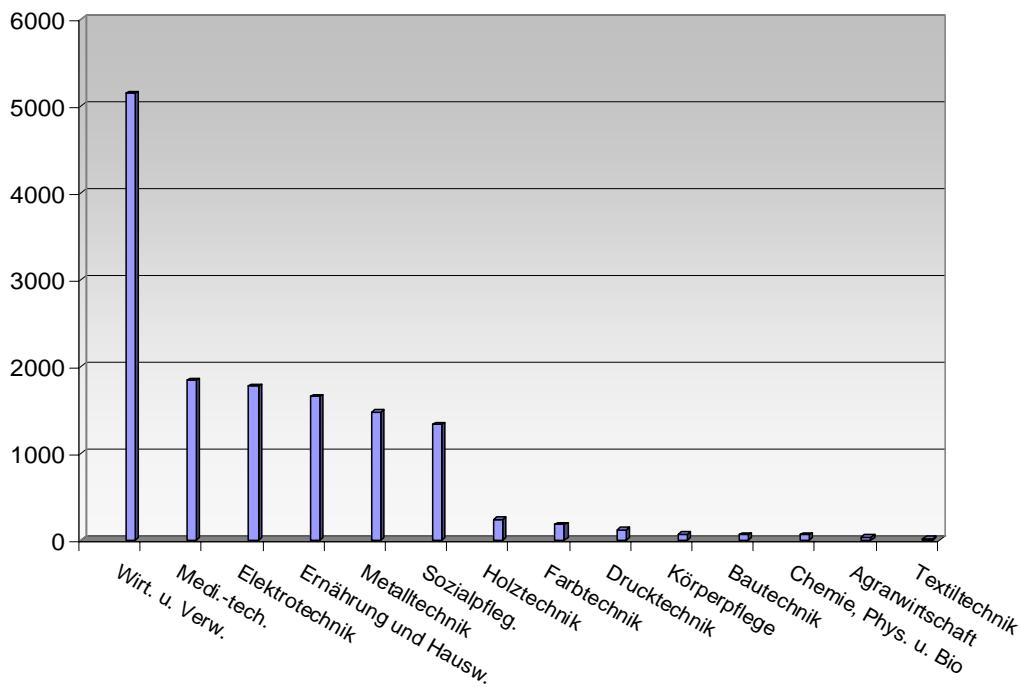
Abb. 4: Entwicklung der Schülerzahlen in BVJ, BGJ und Berufsfachschulen in Hessen



Quelle: Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1995 bis 2004, Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz (2006)

Im Gegensatz zum Berufsgrundbildungsjahr findet man in Hessen in der zweijährigen Berufsfachschule nicht vier Berufsfelder mit großen Schülerzahlen vor. Vielmehr dominiert in der zweijährigen Berufsfachschule das Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung mit über 5000 Schülerinnen und Schülern.

Abb. 5: Schülerzahlen in den Berufsfeldern der zwei. Berufsfachschule Hessen



Quelle: Hess, Hessisches Schulinformationssystem

Danach folgen fünf Berufsfelder und Fachrichtungen (medizinisch-technische und krankenpflegerische Berufe, Elektrotechnik, Ernährung und Hauswirtschaft, Metalltechnik sowie sozialpflegerische und sozialpädagogische Berufe), die zwischen 1000 und 2000 Schülerinnen und Schüler umfassen, gefolgt von acht Berufsfeldern, welche alle sehr geringe Schülerzahlen aufweisen.

Dabei fällt auf, dass die zweijährige Berufsfachschule zum Teil in den gleichen Berufsfeldern bzw. Fachrichtungen stark besetzt ist wie das BGJ, zum Teil aber Berufsfelder mit hohen Schülerzahlen enthält, die im BGJ nicht angeboten werden.

Einen zentralen Bezugspunkt bei der Evaluation des BGJ stellte der Übergang in eine berufliche Ausbildung dar. Zum einen sollte die neue Verordnung zum BGJ die Übergangszahlen in eine verkürzte Ausbildung verbessern. Zum anderen wird auch in der Fachliteratur durch die Zusammenfassung jener vollschulischen Bildungsangebote in der beruflichen Bildung, die nicht zu einem beruflichen Abschluss führen, ein Schwerpunkt auf den Übergang in Ausbildung gelegt. Da das Übergangssystem in dieser Logik dem Ausbildungssystem vorgelagert ist, kommen Übergangsquoten als Indikator erfolgreicher Übergänge einer herausgehobenen Bedeutung zu.

Problematisch war hierbei, dass bisher keine wissenschaftlich fundierten Daten zu den Übergängen aus den einzelnen Schulformen in Ausbildung vorliegen. Zwar existiert eine Studie von Lex et al. auf der Basis des DJI-Übergangspanels, welche den Verbleib von Hauptschülerinnen und Hauptschülern nach Abschluss der allgemein bildenden Schule nachverfolgt (vgl. Lex et. al. 2006), allerdings weist diese Studie nicht die einzelnen Schulformen des Übergangssystems aus, sondern spricht allgemein von „Berufsvorbereitung“. Auch lassen sich die Ergebnisse nicht auf der Ebene der einzelnen Bundesländer ausweisen. Der aktuelle Bericht „Bildung in Deutschland 2008“ der Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008) enthält differenziert Statistiken zum Verbleib von Hauptschülerinnen und Hauptschülern auf der Basis des BIBB-Übergangspanels. Hier finden sich auch Daten zum Verbleib im Anschluss an das Übergangssystem. Auch hier sind die einzelnen Schulformen des Übergangssystems nicht ausgewiesen und die Daten nicht nach Bundesländern aufgeschlüsselt.

Vor dem Hintergrund dieser Datenlage konnte in den Evaluationsprojekten zum BGJ und der zweijährigen Berufsfachschule die Datenlücke zu den Übergängen nicht geschlossen werden. Allerdings konnten Aussagen zum Übergang nach dem BGJ bzw. der zweijährigen Berufsfachschule auf der Basis einer Sonderauswertung der Schulstatistik gemacht werden. Darüber hinaus wurden Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer zu den Übergängen in den jeweiligen Online-Befragungen befragt. Somit wurden zwei Datenquellen erschlossen,



die keine absolut exakten Übergangszahlen liefern können, aber im Vergleich doch eine näherungsweise Bestimmung des Problemumfangs erlauben.

Im Folgenden werden die schulstatistischen Daten im Zusammenhang mit den Daten des Berichts „Bildung in Deutschland 2008“ diskutiert, da dies sekundärstatistische Datenquellen sind, die keine Einschätzungen darstellen, sondern auf objektiven Daten basieren. Die Einschätzungen zum Übergang aus der Lehrer- und Schulleiterbefragung werden in Kapitel 5 zusammen mit den anderen Ergebnissen dieser Befragung vorgestellt.

Betrachtet man das BGJ in der Schulstatistik, so wurden im Schuljahr 2005/06 3991 Schülerinnen und Schüler aus dieser Schulform entlassen. Würden diese Schülerinnen und Schüler im Anschluss einen Ausbildungsplatz finden und das erste Ausbildungsjahr angerechnet bekommen, so würden sie in das zweite Schuljahr der Berufsschule eingeschult werden. Betrachtet man sich die Einschulungen in das zweite Jahr der Berufsschule im darauf folgenden Schuljahr 2006/07, so findet man lediglich 173 Schülerinnen und Schüler, die als letzte absolvierte Schulform das BGJ angeben. Diese 173 Schülerinnen und Schüler entsprechen 4% des Abgangsjahrgangs 2005/06.

Abb. 6: Übergänge nach dem BGJ

	BGJ	zweij. BFS
Schülerzahlen Abgangsjahrgang 2005/06	3991	5608
Schülerzahlen Berufsschule 2. Jahr aus dem BGJ/der zweij. Berufsfachschule 2006/07	173 (4%)	163 (3%)
Schülerzahlen Berufsschule 1. Jahr aus dem BGJ/der zweij. Berufsfachschule 2006/07	867 (22%)	1759 (31%)

Quelle: HESIS Sonderauswertung

Da es durchaus die Option gibt, in eine Ausbildung überzugehen, die nicht verkürzt wird (z. B. wenn die Ausbildung in einem anderen Berufsfeld angesiedelt ist), sollte auch diese Option des Übergangs nachvollzogen werden. In diesem Fall würden die BGJ-Abgänger in das erste Jahr der Berufsschule übergehen. Im ersten Jahr der

Berufsschule befinden sich im Jahr 2006/07 867 Schülerinnen und Schüler, die als letzte Bildungsstation das BGJ angegeben hatten, was 22% des Abgangsjahrgangs entspricht.

Betrachtet man sich nun die Entwicklung der Schülerzahlen der zweijährigen Berufsfachschule für den gleichen Zeitraum, erkennt man, dass sich hier 5608 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2005/06 im zweiten Jahr der Berufsfachschule befinden. Dieser Zahl stehen 163 Schülerinnen und Schüler gegenüber, die 2006/07 in das zweite Jahr der Berufsschule eingeschult wurden und angaben, aus der zweijährigen Berufsfachschule zu kommen. Im ersten Jahr der Berufsschule sind es 1759 Schülerinnen und Schüler. Diese entsprechen 3% des Abgangsjahrgangs für den Übergang in eine verkürzte Ausbildung bzw. 31% des Abgangsjahrgangs für den Übergang in eine Ausbildung ohne Verkürzung.

Es wird deutlich, dass sich die Übergangszahlen in Ausbildung sowohl im BGJ als auch in der zweijährigen Berufsfachschule auf einem relativ niedrigen Niveau bewegen. Zwar sind die Übergänge in eine Ausbildung ohne Verkürzung in der zweijährigen Berufsfachschule um knapp zehn Prozent höher als im BGJ, jedoch lässt sich daraus nicht direkt ableiten, dass die zweijährige Berufsfachschule Jugendliche erfolgreicher bei der Bewältigung des Übergangs in Ausbildung unterstützt. Hier muss beachtet werden, dass die zweijährige Berufsfachschule im Gegensatz zum BGJ eine zweijährige Schulform ist und somit hier schon bei der Versetzung vom ersten ins zweite Schuljahr ein Risiko des Scheiterns besteht.

Nach der Sonderauswertung der Schulstatistik gingen die Schülerzahlen zwischen dem ersten und zweiten Jahr der Berufsfachschule in den Schuljahren 2005/2006 und 2006/2007 um 25% zurück. Dies entspricht auch den Einschätzungen der Schulleiterinnen und Schulleiter bezüglich der Anzahl der Schüler, welche die zweijährige Berufsfachschule abbrechen oder nicht versetzt werden (vgl. Kap. 5).

Laut Bericht „Bildung in Deutschland 2008“ gehen deutschlandweit 37% der Schülerinnen und Schüler der *Berufsgrundbildung* drei Monate nach Abschluss des



Bildungsganges in eine betriebliche Berufsausbildung über, 21% gelingt der Übergang in eine sonstige vollqualifizierte Berufsausbildung. Nach fünfzehn Monaten gehen 41% in eine betriebliche Ausbildung und 10% in eine sonstige vollqualifizierende Ausbildung über (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2008, S. 167). Dagegen sind die Übergangsquoten, die auf der Grundlage einer Sonderauswertung der Schulstatistik (HESIS) für das BGJ in Hessen errechnet wurden mit 26% Übergängen in verkürzte und nicht verkürzte betriebliche Ausbildung niedriger.

Ebenfalls laut Bericht „Bildung in Deutschland 2008“ belaufen sich die Übergänge im Anschluss an die *Berufsfachschulen* drei Monate nach Abschluss des Bildungsganges deutschlandweit auf 31% in eine betriebliche Ausbildung und 11% in eine sonstige vollqualifizierende Berufsausbildung oder in ein Hochschulstudium. Nach fünfzehn Monaten liegen die Übergangsquoten hier bei 34% in eine betriebliche Berufsausbildung und bei 13% in eine sonstige Ausbildung oder ein Studium (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2008, S. 167). Hier liegen die im Zuge dieses Evaluationsverfahrens erhobenen Quoten für Hessen mit 34% Übergängen in betriebliche Ausbildung gleichauf mit den deutschlandweiten Werten. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass bei dem Bericht „Bildung für Deutschland 2008“ die einjährigen Berufsfachschulen, die einen Realschulabschluss voraussetzen, mit in die Berechnungen einbezogen wurden. Nicht mit einbezogen wurden Fachschulen, die einen berufsqualifizierenden Abschluss vermitteln, da diese nicht zum Übergangssystem zählen.

Allerdings lassen sich die Quoten des Berichts „Bildung in Deutschland“ nicht ohne weiteres mit den im Zuge der Evaluationsprojekte BGJ und zweijährige BFS untersuchten Daten vergleichen, da die Verbleibsuntersuchung im Bericht retrospektiv mit jungen Erwachsenen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1986 durchgeführt wurden, die zum Teil also deutlich älter sind als die Jahrgänge in der Evaluation und zu einem früheren Zeitpunkt im Übergangssystem waren. Zu diesem Zeitpunkt könnte die Lage am Ausbildungsmarkt günstiger oder ungünstiger gewesen sein. Außerdem konnten bei der hessischen Sonderauswertung der Schulstatistik nur Übergänge in eine duale

Ausbildung geschätzt werden. Übergänge in vollschulische Ausbildungen z. B. von kirchlichen Trägern konnten nicht berücksichtigt werden. Was die Zahlen in ihrer Gesamtheit jedoch aussagen ist folgendes:

Die Schulformen im Übergangssystem in Deutschland weisen alle relativ geringe Übergänge in Ausbildung auf. Hier stellen BGJ und zweijährige Berufsfachschule keine Ausnahme dar. Zwar gibt es bei den Übergängen in eine Ausbildung ohne Verkürzung bessere Werte für die zweijährige Berufsfachschule als für das BGJ, allerdings scheitert eine nicht geringe Anzahl der Jugendlichen in der zweijährigen BFS bereits nach dem ersten Jahr (siehe Kapitel 6). In der aktuellen hessischen Situation hat die zweijährige BFS jedoch den entscheidenden Vorteil, schulische Anschlüsse zu ermöglichen und einen höheren allgemeinbildenden Abschluss zu vermitteln.

5 Ergebnisse der quantitativen Schulleiterbefragung

Die quantitative Schulleiterbefragung gibt Auskunft über die soziale Zusammensetzung in der zweijährigen Berufsfachschule. Darüber hinaus wurde nach Einschätzungen über den Leistungsstand und die Übergänge gefragt. Insgesamt wurden 91 der 95 Schulen in Hessen mit einer zweijährigen Berufsfachschule kontaktiert. Im Zuge der Online-Befragung wurden 109 Fragebögen von den Schulleiterinnen und -leitern an das Auswertungsteam der TU-Darmstadt zugeschickt. Allerdings war ein Teil der Bögen nicht ausgefüllt worden, sodass letztendlich 65 ausgefüllte Fragebögen ausgewertet werden konnten. Somit liegt der auswertbare Rücklauf bei 60%.

5.1 Kennzahlen

Durchschnittlich hat jede Schule, die eine zweijährige Berufsfachschule anbietet sieben Klassen dieser Schulform. In der zweijährigen Berufsfachschule beträgt der Anteil der Schülerinnen durchschnittlich 47%. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund liegt bei 46 %.



Abb. 7: Kennzahlen zweijährige Berufsfachschule

BFS-Klassen pro Schule	6,6
Geschlecht	47% weiblich (BGJ: 42%)
Migrationshintergrund	46% der Schüler(innen) pro Klasse (BGJ: 45%)

Quelle: Schulleiterbefragung

5.2 Erfolgreicher Abschluss und Übergänge

Die Schulleiterbefragung umfasste auch Fragen bezüglich des erfolgreichen Abschlusses der zweijährigen Berufsfachschule und der Übergangsmöglichkeiten im Anschluss. Hier gaben die Schulleiterinnen und Schulleiter an, dass 74,6% der Schülerschaft des zweiten Jahres der zweijährigen Berufsfachschule diese Schulform erfolgreich abschließt.

Da die zweijährige Berufsfachschule im Gegensatz zum BGJ eine zweijährige Beschulung umfasst, spielt bei der Beurteilung des Schulerfolgs auch eine Rolle, wie viele Schülerinnen und Schüler das erste Jahr dieser Schulform bestehen und versetzt werden. Diesbezüglich wurde angegeben, dass durchschnittlich 13,6% der Schülerinnen und Schüler die zweijährige Berufsfachschule nach dem ersten Jahr abbrechen und immerhin 23,5% nach dem ersten Jahr nicht versetzt werden. So ist, auch wenn ein Großteil der Abschlussklasse die zweijährige Berufsfachschule erfolgreich absolviert, das Risiko des Scheiterns bzw. der Wiederholung eines Jahres relativ hoch.

Die Schulleiterinnen und Schulleiter gaben an, dass durchschnittlich 9,7% der Schülerschaft in den Klassen der zweijährigen Berufsfachschule in eine verkürzte Ausbildung übergehen, 53% in eine Ausbildung ohne Verkürzung und 22,5% einen schulischen Anschluss realisieren (z. B. die Fachoberschule). Diese Zahlen differieren deutlich zu den Quoten, die auf der Grundlage der Schulstatistik ermittelt wurden, wonach 3% in eine verkürzte und 31% in eine Ausbildung ohne Verkürzung

übergingen. Ursächlich hierfür könnte sein, dass die Aussagen der Schulleiterinnen und Schuleiter sich auf die Erfahrungswerte der Klassenlehrerinnen und -lehrer stützen und diese nicht jeden Verbleib nachverfolgen können.

Außerdem gab es bei der Schulleiterbefragung einen Anteil von 40% der Schulen, die nicht an der Befragung teilnahmen oder die Online-Fragbögen unausgefüllt zurückschickten. Es ist nicht auszuschließen, dass in dieser Gruppe auch viele Schulen mit sehr schwachen Übergängen vertreten waren. In Bezug auf die Übergänge sind demnach wohl die Quoten auf der Grundlage der Schulstatistik aussagekräftiger.

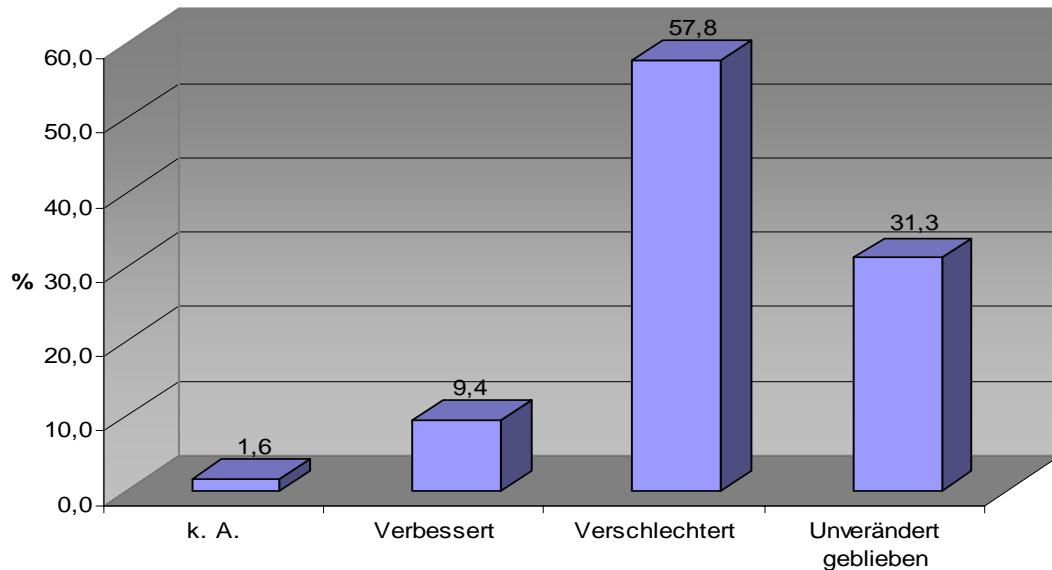
Abb. 8: Übergänge, Abbrüche und Verbleib in der zweij. Berufsfachschule

Erfolgreicher Abschluss	74,6 % der Klasse
Abbruch nach erstem Schuljahr	13,6 % der Klasse
Anteil der SchülerInnen, die nicht versetzt werden	23,5 % der Klasse
Übergang verkürzt	9,7 %
Übergang nicht verkürzt	53 %
Schulischer Anschluss	22,5 %

Quelle: Schulleiterbefragung

Bezüglich der Entwicklung der Übergänge in Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz gaben die Schulleiterinnen und Schuleiter mehrheitlich an, dass sich diese in den letzten zehn Jahren verschlechtert hätten.

Abb. 9: Entwicklung der Übergänge in den letzten zehn Jahren

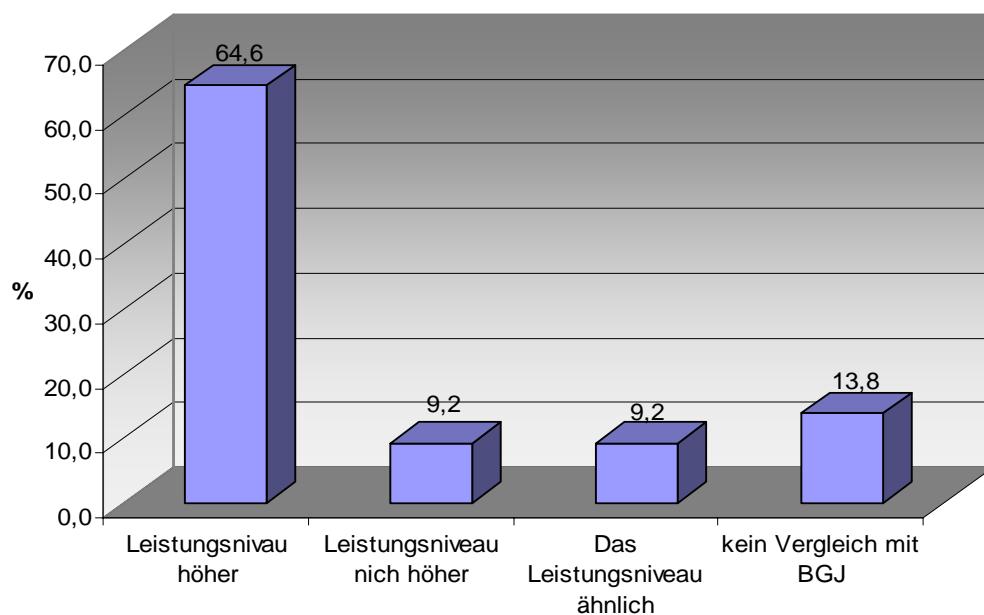


Quelle: Schulleiterbefragung

5.3 Leistungsniveau und soziale Zusammensetzung

Da in die zweijährige Berufsfachschule Jugendliche übergehen, die über einen qualifizierten Hauptschulabschluss verfügen, während bei dem Berufsgrundbildungsjahr der einfache Hauptschulabschluss genügt kann davon ausgegangen werden, dass das Leistungsniveau in des zweijährigen Berufsfachschule höher ist. Wenn die zweijährige Berufsfachschule ein Reformmodell darstellen soll, muss diese Annahme statistisch überprüft werden, daher wurden die Schulleiterinnen und Schuleiter hierzu befragt. Sie gaben mehrheitlich an, dass das Leistungsniveau in der Berufsfachschule höher ist als im BGJ.

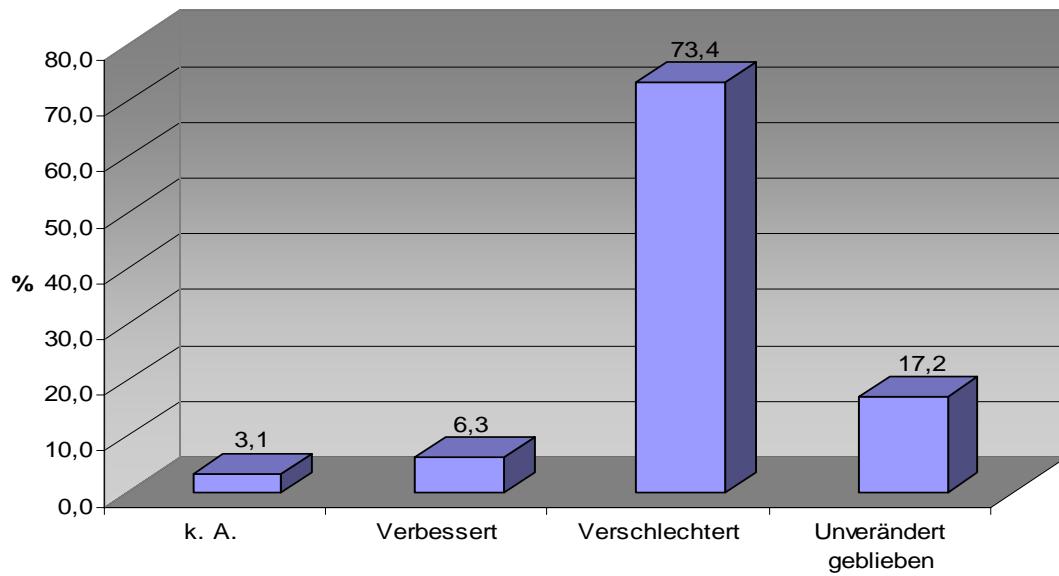
Abb. 10: Leistungsniveau BGJ/zweij. Berufsfachschule



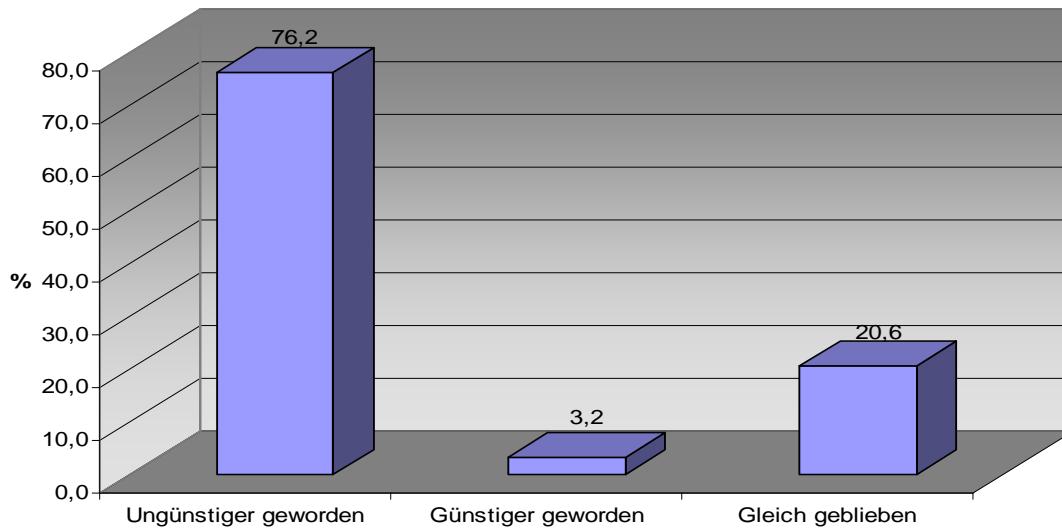
Quelle: Schulleiterbefragung

Allerdings gaben sie auch an, dass sich das Leistungsniveau in den letzten zehn Jahren verschlechtert hat.

Darüber hinaus gaben 76,2% der Schulleiterinnen und Schulleiter an, dass in den letzten zehn Jahren die soziale Zusammensetzung in den Klassen der zweijährigen Berufsfachschule ungünstiger geworden sei. Damit ist gemeint, dass heute die soziale Zusammensetzung in Bezug auf die Sozialstruktur und den Migrationshintergrund heterogener ist, als vor zehn Jahren.

Abb. 11: Entwicklung des Leistungsniveaus in den letzten zehn Jahren

Quelle: Schulleiterbefragung

Abb. 12: Entwicklung der sozialen Zusammensetzung

Quelle: Schulleiterbefragung

5.4 Praktika

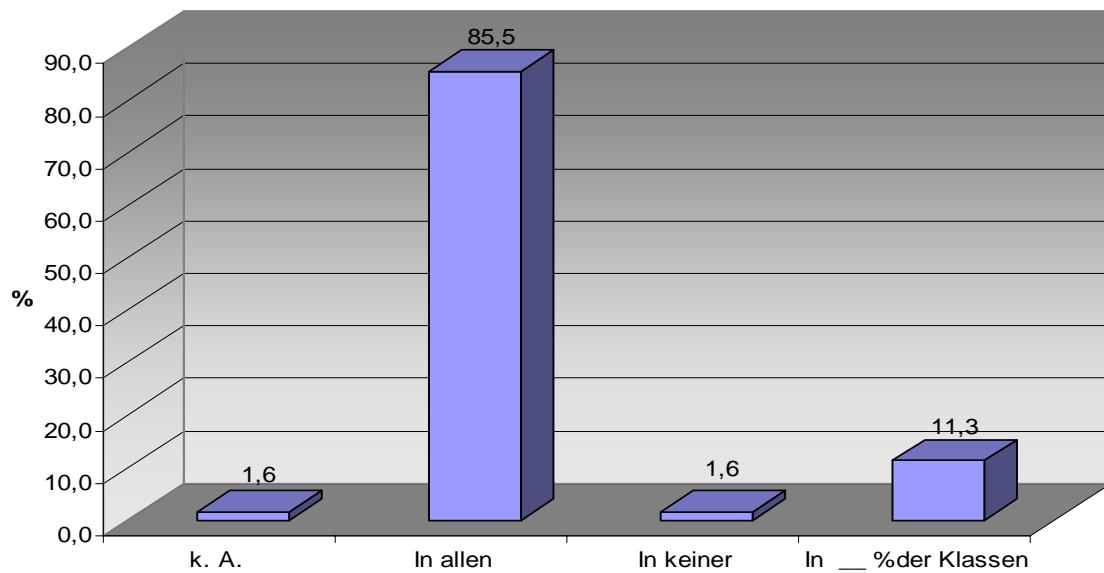
Bereits in der neuen Verordnung zum Berufsgrundbildungsjahr und in der entsprechenden Evaluation spielten der Ausbaugrad und die Organisation der beruflichen Praktika eine entscheidende Rolle. Praktika können nicht nur Jugendlichen wichtige Einblicke in betriebliche Abläufe gewähren und Betriebskompetenz vermitteln, sie geben auch den Betrieben die Möglichkeit, Jugendliche im betrieblichen Alltag zu erleben, ohne eine arbeits- oder ausbildungsvertragliche Bindung einzugehen. Somit ist die Chance gegeben, dass Jugendliche auch aus berufsvorbereitenden Maßnahmen in dem jeweiligen Betrieb einen bleibenden Eindruck hinterlassen können und in eine Ausbildung übernommen werden. Auf der anderen Seite besteht der Nachteil, dass Betriebe Jugendliche unentgeltlich in den Wertschöpfungsprozess integrieren können, um sie anschließend zu Ausbildungsvergütungen weiterzubeschäftigen und dann eventuell zu übernehmen.

Im Zuge der BGJ-Evaluation zeigte sich, dass die Lehrerinnen und Lehrer in dieser Schulform die stark ausgebauten Praktika überwiegend positiv bewerteten. Daher ist es wichtig auch eine Einschätzung zu den Praktika in der zweijährigen Berufsfachschule zu erhalten.

Zum Grad der Verbreitung der Praktika wurde zu 85,5% angegeben, dass in alle Klassen der zweijährigen Berufsfachschule ein betriebliches Praktikum stattfindet. Bei weiteren 11,3% lag der Anteil bei durchschnittlich 60% der Klassen. Demnach wird in fast allen Klassen der zweijährigen Berufsfachschule ein Praktikum angeboten.

Wichtig ist bei der Organisation der Praktika, dass sie in den Berufsfeldern realisiert werden, in denen auch die schulische Ausbildung stattfindet, sodass eine Berufswahlentscheidung möglich ist und das Praktikum nicht zu einer Pflichtübung verkommt. Dies ist nach den Angaben der Schulleiterinnen und Schulleiter zu 95% der Fall.

Abb. 13: In wievielen Klassen der zweijährigen Berufsfachschule wird ein Praktikum angeboten?



Quelle: Schulleiterbefragung

5.5 Verbesserungsoptionen

Im Zusammenhang mit der Frage, ob die zweijährige Berufsfachschule eine Reformoption für das BGJ darstellen könnte, interessierte die Meinung der Schulleiterinnen und Schulleiter zum Rheinland-Pfälzer Modell der Berufsfachschule, da in diesem Bundesland das BGJ nicht mehr existiert und die Rolle der Berufsfachschule im Übergangssystem ausgebaut wurde.

Eine Mehrheit von 51,6% der Schulleiterschaft gab an, dass dieses Modell keine Reformoption sei, während 22,6% gegenteiliger Meinung waren.

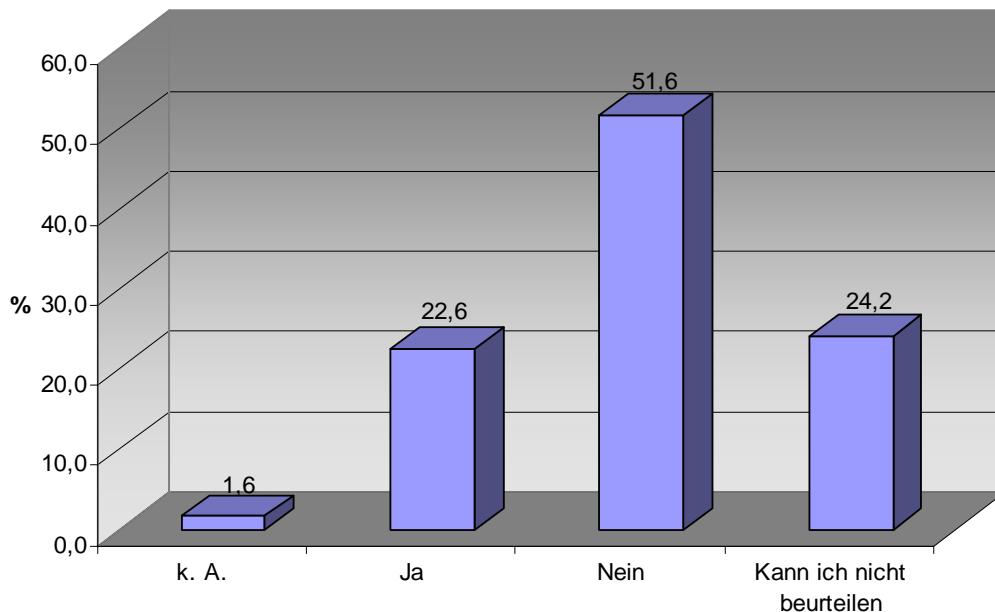
Bezüglich der Defizite der zweijährigen Berufsfachschule wurden die Schulleiterinnen und Schulleiter befragt, welche Aspekte der zweijährigen Berufsfachschule durch höhere finanzielle und personelle Ressourcen verbessert werden könnten.

Hierzu wurde mehrheitlich genannt:

- eine Reduktion der Klassengrößen (73,8% der Schulleiter/innen)
- die persönliche Förderung der Schüler (93,4% der Schulleiter/innen)

- das Leistungsniveau der Schüler (63,9% der Schulleiter/innen)

Abb. 14: Stellt das Modell Rheinland-Pfalz eine Reformoption dar?



Quelle: Schulleiterbefragung

Bei der Antwortkategorie „die Übergänge in Ausbildung“ waren lediglich 41% der Schulleiterinnen und Schulleiter der Meinung, dass diese durch mehr Finanz- und Personaleinsatz verbessert werden könnten.

5.6 Fazit

Die Daten der Schulleiterbefragung lassen den Schluss zu, dass die zweijährige Berufsfachschule als schülerstärkste Schulform des Übergangssystems kaum als Reformmodell für das BGJ in Frage kommt. Es wird deutlich, dass BGJ und zweijährige Berufsfachschule ähnliche strukturelle Probleme haben, die durch eine Anpassung des BGJ an die zweijährige Berufsfachschule nicht zu lösen sind.

Es zeigt sich, dass sich BGJ und zweijährige Berufsfachschule bezüglich der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Schüler ähneln. Beide Schulformen haben eine Schülerschaft, in der die jungen Männer leicht stärker vertreten sind als die jungen



Frauen (ca. 60 % junge Männer und 40% junge Frauen in beiden Schulformen) und die einen hohen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausweist (ca. 45% in beiden Schulformen). Die Schulleiterinnen und Schulleiter gaben mehrheitlich an, dass sich sowohl die soziale Zusammensetzung als auch das Leistungsniveau in der zweijährigen Berufsfachschule in den letzten zehn Jahren ungünstig verändert hätten.

Beide Schulformen können der überwiegenden Mehrheit der Schülerinnen und Schüler (ca. 70%) keinen direkten Übergang in Ausbildung ermöglichen. Hinzu kommen die hohen Scheiternsquoten in der zweijährigen Berufsfachschule nach dem ersten Schuljahr (24% werden nicht versetzt).

Auffällig ist, dass die zweijährige Berufsfachschule bestimmte Berufsfelder abdeckt, die im BGJ nicht existieren. Dies sind medizinisch-technische sowie sozial- und krankenpflegerische Berufe. In diesen Bereichen kommt der zweijährigen Berufsfachschule in stärkerem Maße eine Qualifizierungsfunktion als eine berufsvorbereitende Funktion zu. Auf der anderen Seite ist das Berufsfeld Holzwirtschaft in der zweijährigen Berufsfachschule bezüglich der Schülerzahlen nur sehr schwach vertreten. Es findet eine Abgangsselektion statt, die die besseren Hauptschülerinnen und Hauptschüler mit qualifiziertem Abschluss an die zweijährige Berufsfachschule verweist, während alle Hauptschulabgängerinnen und -abgänger mit einem schlechten Abschluss im BGJ verbleiben und somit von medizinisch-technische, sozial- und krankenpflegerische Berufen in der Berufsvorbereitung ausgeschlossen sind. Die Abgangsselektion hat also nicht nur bezüglich der Vorbildung homogene Lerngruppen zur Folge, sondern resultiert auch in einem Übergangssystem, dass nach Vorbildung gestaffelt unterschiedliche Berufswahloptionen vorgibt.

Im positiven Sinne ähneln sich beide Schulformen darin, dass sie beide in fast allen Klassen ein betriebliches Praktikum ermöglichen (ca. 90%), das überwiegend in berufsfeldspezifischen Betrieben realisiert wird. Ein struktureller Vorteil der zweijährigen Berufsfachschule gegenüber dem BGJ liegt darin, dass erstere die Möglichkeit eröffnet, einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss (mittlere Reife) zu erlangen und in eine weiterführende Schulform an den beruflichen Schulen

überzugehen, was auch 23% der Schülerinnen und Schüler in der zweijährigen Berufsfachschule tun.

Die ähnlichen Problemlagen von BGJ und zweijähriger Berufsfachschule stellen die Sinnhaftigkeit einer Abgangsselektion, welche zwischen qualifiziertem und einfachen Hauptschulabschluss differenziert, in Frage. Zwar kann argumentiert werden, dass eine Heranführung an die Mittlere Reife nur in einem Lernumfeld möglich ist, welches schlechte Abgängerinnen und Abgänger der Hauptschule ausschließt. Auf der anderen Seite bedeutet dies, dass alle Abgängerinnen und Abgänger unterhalb des qualifizierten Hauptschulabschlusses eine Verbesserung des allgemeinbildenden Abschlusses verwehrt bleibt und in Schulformen verbleiben, die darüber hinaus auch ganz überwiegend keinen betrieblichen Anschluss ermöglichen. Auch führt die Aufteilung in bessere und schlechtere Hauptschulabgängerinnen und -abgänger nicht zu großen Unterschieden bei den Übergängen in Ausbildung.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter zwar mehrheitlich davon ausgehen, dass durch bessere finanzielle und personelle Ausstattung in der zweijährigen Berufsfachschule Lernumfeld, Leistungsniveau und persönliche Förderung verbessert werden könnten, allerdings nicht die Übergänge in Ausbildung.

6 Ergebnisse des Schulleiterworkshops

Die Evaluation der zweijährigen Berufsfachschule (im folgenden BFS) umfasste auch einen Expertenworkshop mit Schulleitern, Lehrerinnen und Lehrern, in denen einerseits die Ausgangslage in dieser Schulform erörtert wurde und andererseits erfolgversprechende alternative Ansätze für das Übergangssystem in Hessen diskutiert wurden. Die Ergebnisse wurden protokolliert. In diesem Kapitel folgt eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse.



Ausgangslage

Einmütig wurde von Seiten der Schulleiterinnen und Schulleiter sowie der Lehrerinnen und Lehrer dargestellt, dass in der zweijährigen Berufsfachschule überwiegend schulmüde Jugendliche verbleiben und ein hoher individueller Förderbedarf besteht. Die Klassen seien in der Regel so groß, dass man diesem Förderbedarf nicht gerecht werden kann. Es wurde betont, dass früher überwiegend begabte, motivierte Schülerinnen und Schüler die BFS übergingen, die eine berufliche Grundbildung anstrebten. Heute hätten sich die Bedingungen so grundlegend verändert, dass ein Anknüpfen an frühere Erfolge nicht mehr möglich sei. Die Schülerinnen und Schüler, die heute die BFS besuchten seien sehr heterogen und benötigten eine deutlich intensivere individuelle Förderung. Von manchen Workshopteilnehmern wurde das Arbeits- und Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler bemängelt. Dabei sei die BFS von ihrer Grundstruktur nicht dazu angelegt, zu fördern und zu individualisieren und könnte dieses Ziel bei immer wieder erfolgter Stundenreduzierung auch nicht erreichen. Die Ausgangslage betreffend gäbe es viele Übereinstimmungen mit der Situation im BGJ. Viele abgebende Schulen würden Noten in Deutsch, Mathe, Englisch vergeben, die mit dem eigentlichen Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler nichts zu tun hätten, dies führte dann zu Misserfolgen in der BFS.

Ein wesentlicher Teil der Schülerinnen und Schüler gingen nach der BFS in die Fachoberschule oder die höhere Berufsfachschule über. Teilweise wurde dies als ein Übergang von einer Warteschleife in die nächste bezeichnet. Es gingen kaum Schülerinnen und Schüler in ihre Wunschberufe über, auch würde die BFS kaum angerechnet. Allerdings gelänge im Berufsfeld Ernährung und Hauswirtschaft einem großen Teil der Schülerschaft (60-70%) der Übergang in Ausbildungsgänge. Das Kernproblem bei den Überlegungen zur Funktionalität der Schulformen BFS und BGJ läge in der geringen Zahl geeigneter Ausbildungsplätze, sodass grundlegendere Veränderungen nötig seien als ein leichtes justieren an den jeweiligen Verordnungen. Trotz der genannten Defizite werde die BFS von Schülerinnen und Schülern oft sehr positiv erlebt, da sie auf andere Inhalte und Lehrertypen als die der allgemeinbildenden Schulen sehr gut ansprächen.

Erfolgversprechende Ansätze

Als Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Weiterentwicklung der BFS wurde gefordert, flexiblere Ein- und Ausgänge insbesondere beim Übergang nach der zehnten Klasse zu entwickeln und dem zusätzlichen Bedarf an individueller Förderung bei den strukturellen Überlegungen zur BFS gerecht zu werden. Die BFS könne bei besserer Förderung als „pädagogische Antwort auf fehlende Ausbildungsplätze“ eine besondere Funktion im Übergangssystem übernehmen und zwar vor allem dann, wenn über die Lernbedingungen und Lernarrangements in der BFS die Jugendlichen in ihrer Entwicklung weiter kommen würden und damit bessere Einstiegschancen in die Berufsausbildung bekämen.

Zu den erfolgversprechenden Ansätzen für die BFS wurden die BFS-Formen in Österreich gezählt, die keine Bildungshürden aufbauen würden und für ihre Aufgaben besser ausgestattet seien. Ähnlich wurde das Modell von Rheinland-Pfalz eingestuft, das eine Phase der beruflichen Grundbildung im ersten Jahr vorsieht und dort eine entsprechende Förderung in den allgemein bildenden Fächern vornehmen kann. Darauf folgt ein Jahr organisiert als Berufsfachschule.

Eine Strukturvariante, welche positiv hervorgehoben wurde, war die im Zuge des Programms „Selbstverantwortung Plus“ praktizierte Form der BFS an einer beruflichen Schule in Hanau. Hier beginnt die Berufsfachschule mit einer neunwöchigen Orientierungsstufe. Anschließen werden die Schülerinnen und Schüler aufgeteilt in eine einjährige Stufe für die stärkeren Schülerinnen und Schüler und eine zweijährige Stufe für die schwächeren Schülerinnen und Schüler, die intensiver Betreuung bedürfen. Darauf folgt auf beide Stufen ein weiteres Jahr, welches zur mittleren Reife führt. Darüber hinaus werde an dieser Schule Ausbildungsbasteine vermittelt, die sich auf Qualifikationsanforderungen lokaler Ausbildungsbetriebe beziehen.

Als weitere strukturelle Lösung wurde der Vorschlag eines anwesenden Schulleiters diskutiert, welcher vorsieht, an den Berufsschulen vollschulische Ausbildungen durchzuführen, die mit einer Kammerprüfung abschließen sollen. In dieser Struktur



sollen flexible Ein- und Ausgänge und individuelle Lernwege möglich sein. Grundsätzlich wurden diese Forderungen begrüßt, wenngleich große Zurückhaltung bei der Einschätzung der Chancen ihrer Realisierung formuliert wurde.

Des Weiteren wurde die Bedeutung von Teilqualifikationen hervorgehoben, die in unterschiedlicher Form von Modularisierung in Schule und Ausbildung den Jugendlichen Qualifizierungs- und Handlungsmöglichkeiten eröffneten. Auf diese Weise könnten die jeweiligen Ausgangsbedingungen besser berücksichtigt, regionale Besonderheiten besser beachtet und Pufferzeiten bei pädagogischem Entwicklungsbedarf eingerichtet werden.

Bezüglich der didaktisch-methodischen Herausforderungen, die sich im Übergangssystem stellen, wurde betont, Diagnostik, Beratung und Förderung in den Mittelpunkt zu stellen. Auch solle die Berufsorientierung bereits in der Sekundarstufe 1 berücksichtigt werden. Darüber hinaus könne man durch Differenzierung und Förderunterricht der heterogenen Schülergruppe gerecht werden.

Differenziert wurden die betrieblichen Praktika beurteilt. Zum einen seien sie positiv wegen des so genannten „Klebeeffekts“ (die Schülerinnen und Schüler könnte sich beweisen und werden in Ausbildung übernommen). Allerdings sei es schwierig, berufsfeldbezogene Praktika zu akquirieren. Negativ sei, dass mit dem Ausbau der Praktika eine Kürzung der berufsbildenden Unterrichtsstunde einhergegangen sei. Generell müsste mit den Praktika eine sinnvolle Betreuung einhergehen.

Politische Forderungen

Ausgehend von der Situationsbeschreibung und den diskutierten Reformoptionen entwickelte die Expertenrunde politische Forderungen bezüglich des Übergangssystems. Als Forderungen an die Politik wurde formuliert, die Chancen, die im System stecken, nicht zu vernachlässigen und erfolgreiche Modelle mit den nötigen Ressourcen auszustatten. Würden organisatorische und/oder bürokratische Hürden

abgebaut, könnten vielfältige Entwicklungen in Gang gesetzt werden. Die Bedeutung regionaler Konzepte wurde mehrfach herausgestellt.

Deutlich wurde die Forderung artikuliert, bereits in der Sek. 1 mit Reformen zu beginnen, damit die nötigen Übergänge überhaupt möglich seien. Einig waren sich die Teilnehmer des Workshops, dass kleinräumige, auf einzelne Schulformen beschränkte Reformen keine Erfolgsschancen haben könnten. Die notwendige Bildungsreform erfordere einen Blick auf die Systembedingungen. Weder Scheingefechte mit der Wirtschaft noch ein stures Festhalten am dualen System brächten eine Lösung. Die im Workshop artikulierte Forderung, wonach Berufsschule sicherstellen solle, dass jeder Schüler die Möglichkeit erhält, eine vollqualifizierende Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz dual oder vollschulisch/kooperativ zu absolvieren wurde von einigen der Anwesenden geteilt.

Fazit

Die im Workshop skizzierte Ausgangslage in der zweijährigen Berufsfachschule stimmt in weiten Teilen mit dem durch die Ergebnisse der Schulleiterbefragung entstandenen Bild überein. Sie bestätigen die Feststellung, dass die zweijährige Berufsfachschule unter diesen Umständen keine Reformoption für das Berufsgrundbildungsjahr darstellt, da beide Schulformen unter ähnlichen strukturellen Problemen leiden.

Über die Sachstandsanalyse hinaus ermöglichte der Expertenworkshop, die Ideen und Meinungen zu möglichen Reformen aufzunehmen und in die Evaluation mit einzubeziehen.

Hier artikulierten die Schulleiter, dass ein Lösungsansatz über die punktuelle Verbesserung einzelner Schulformen hinausgehen und die Probleme der Sekundarstufe I mit in den Blick nehmen muss. Es wurde die Notwendigkeit eines solchen Übergangssystems an den beruflichen Schulen unterstrichen, welches flexible Ein- und Ausgänge bietet und Schülerinnen und Schülern neben betrieblichen Anschläßen auch die Möglichkeit bietet, bessere allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erreichen. Tendenziell sind diese Möglichkeiten in manchen Schulformen im Übergangssystem bereits gegeben, allerdings sind die verschiedenen Schulformen untereinander noch zu wenig aufeinander abgestimmt. Eine erfolgversprechende



Reformoption stellt der Erwerb von modularen Teilleistungen dar, die nach der Novelle des Berufsbildungsgesetzes (vgl. Seyfried 2003) in der Berufsvorbereitung absolviert, zertifiziert und an spätere Ausbildungen angerechnet werden können.

7 Ergebnisse der Betriebsbefragung

Um sich ein Bild davon zu machen, inwieweit die zweijährige Berufsfachschule in den Betrieben verankert ist und wie die Betriebe die Leistungsfähigkeit der Abgänger der zweijährigen Berufsfachschule einschätzen, wurden hierzu fragebogengestützte Experteninterviews mit Vertretern von acht Betrieben geführt. Dabei wurde auch möglicher Reformbedarf dieser Schulform angesprochen. Die Auswahl der Betriebe erfolgte anhand von Kontaktadressen, die von der Industrie- und Handelkammer Hessen und der Handwerkskammer Hessen zur Verfügung gestellt wurden. Dabei wurden fünf Betriebe aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern Hessen und zwei Betriebe aus dem Umfeld der Handwerkskammer Hessen befragt. Es handelt sich dabei um Betriebe, die bereits Erfahrungen mit Abgängern der zweijährigen Berufsfachschule sammeln konnten. Die Ergebnisse der Interviews werden im Folgenden themenbezogen zusammengefasst.

Verankerung in den Betrieben

Die Betriebe haben in der Regel sehr wenige Auszubildende, die aus der zweijährigen Berufsfachschule kommen. Ihr Anteil an allen Auszubildenden ist sehr gering. Lediglich in Kleinbetrieben mit wenigen Azubis kann der Anteil der Azubis aus der zweijährigen Berufsfachschule hoch sein. Die größeren Ausbildungsbetriebe erkennen die zweijährige Berufsfachschule nicht als erstes Ausbildungsjahr an. Kleine Handwerksbetriebe hingegen sind eher bereit das Jahr anzuerkennen.

Reformbedarf

Der Ausbildung in der zweijährigen Berufsfachschule wird generell eine Praxisferne unterstellt. Berufspraktische Kompetenzen seien defizitär ausgeprägt. Demnach sei die vollschulische Ausbildung generell nicht mit dem ersten Ausbildungsjahr vergleichbar. Ein Großbetrieb bemängelt die niedrige Allgemeinbildung, die schlechter im Vergleich mit Realschulabgängern sei. Die Sozialkompetenzen werden nicht als problematisch eingestuft, sie würden bei allen Schülergruppen unterschiedlich ausgeprägt sein.

Die Betriebe kritisieren in erster Linie die Anrechnungsverordnung. Oft hätten die Abgänger der zweijährigen Berufsfachschule nicht die Kompetenzen der Azubis aus dem ersten Lehrjahr. Ansonsten sind die Betriebe nicht generell negativ gegenüber den Abgängern der zweijährigen Berufsfachschule eingestellt, wenn diese den Auswahlkriterien der Betriebe entsprechen. Vor allem die Großbetriebe setzen Aufnahmetests für die Auswahl der Azubis ein und selektieren nach Schulabschlüssen und -noten.

Reformbedarf wird folglich darin gesehen, mehr betriebliche Anteile in der zweijährigen Berufsfachschule zu realisieren und die Anrechungsverordnung abzuschaffen. Die Schülerinnen und Schüler der zweijährigen Berufsfachschule müssten so weit sein wie die Azubis des ersten Lehrjahres. Allerdings zeigen sich manche Betriebe skeptisch, dass selbst mit mehr praktischen Anteilen eine schulische Qualifikationsform ausreichend wäre. Schon Bewerbungsgespräche zeigten, wie weit entfernt die Schule von den Betrieben sei. Vertreter großer Betriebe mit eigener Ausbildungsabteilung äußerten sich skeptisch, ob die zweijährige Berufsfachschule überhaupt reformierbar sei, da sie als Auffangbecken für die schwächeren Hauptschüler fungiere und nicht die Defizite ausgleichen könne.

Positive Aspekte

Praktika wurden durchgehend positiv bewertet. Alle befragten Betriebe hatten Praktikanten und gaben an, dass über Praktika eine gute Chance bestände, einen Ausbildungsplatz in ihrem Betrieb zu erhalten. Allerdings waren oft die Betriebe nicht



darüber informiert, dass auch in der zweijährigen Berufsfachschule Praktika angeboten werden.

Fazit

Es zeigte sich, dass vor allem bei mittleren und Großbetrieben kaum eine Möglichkeit besteht, schulische Grundbildung angerechnet zu bekommen. Bei diesen Betrieben wird auch das Niveau an Allgemeinbildung oft als defizitär beschrieben. Hier sind die Chancen des Übergangs relativ gering. Bessere Möglichkeiten des Übergangs für Abgänger der Berufsfachschulen bestehen in kleinen Handwerksbetrieben, bei denen sogar die Möglichkeit der Anrechnung gegeben ist. Ein Kleinbetrieb sagte hierzu aus, dass im ersten Lehrjahr ja nicht so viel passiere und die Abgänger der zweijährigen Berufsfachschule in das zweite Jahr gut einsteigen könnten. Allerdings kritisiert der überwiegende Teil der Betriebe, egal ob klein oder groß, dass generell eine schulische Ausbildung nicht mit einer betrieblichen Ausbildung vergleichbar sei. Somit ist die Bedeutung der zweijährigen Berufsfachschule in den Ausbildungsbetrieben in der Regel sehr schwach.

8 Ergebnisse des Vergleichs der Berufsfachschulemodelle anderer Bundesländer

Um festzustellen inwieweit die zweijährige Berufsfachschule eine Reformoption für das BGJ in Hessen darstellt, empfiehlt es sich, die strukturellen Lösungen in diesem Bereich des Übergangssystems in anderen Bundesländern zu untersuchen und zu vergleichen. Interessant sind hierbei vor allem jene Bundesländer, die über kein BGJ verfügen oder das BGJ zugunsten einer auf der Berufsfachschule basierenden Lösung aufgelöst haben. Daher wurde in diesem Evaluationsvorhaben ein Vergleich der Berufsfachschulmodelle der Länder Rheinland-Pfalz, Hamburg, Baden-Württemberg und Hessen geleistet. Dabei wurde die strukturelle Ausgestaltung der Schulformen auf der Basis von Verordnungen, anderen Rechtsquellen und Informationen der jeweiligen Kultusministerien verglichen. Darüber hinaus wurden Experten der jeweiligen

Kultusministerien zu Einschätzungen bezüglich des Erfolgs neuerer Reformanstrengungen in diesem Bereich mittels leitfadengestützter Interviews befragt. Im Folgenden wird die strukturelle Ausgestaltung der Berufsfachschulmodelle der genannten Bundesländer dargestellt. Zum Teil fließen die Ergebnisse der Expertenbefragung in die Darstellung ein, zum Teil werden sie in den Kapiteln „aktuelle Reformen“ ausgeführt. Die aktuelle Ausgestaltung der zweijährigen Berufsfachschule in Hessen wurde in den vorangegangenen Kapiteln bereits ausgeführt und wird an dieser Stelle nicht wiederholt. Darstellung und Vergleich der Berufsfachschulmodelle erfolgt hierbei anhand folgender Kriterien:

- Angebotene Berufsfelder bzw. Fachrichtungen
- Eingangsvoraussetzung
- Ziele
- Abschluss/ Prüfungen
- Praktika
- Anrechnung auf eine duale Ausbildung
- Unterrichtsanteile

Die Erläuterungen umfassen dabei alle teilqualifizierenden Berufsfachschultypen¹, wobei der Vollständigkeit halber auch auf die vollqualifizierenden Berufsfachschultypen in knapper Form eingegangen wird.

8.1 Die Berufsfachschulen in Hessen

Da die hessischen Berufsfachschulen im hier vorzunehmenden Ländervergleich quasi Referenzcharakter haben, erfolgt ihre Darstellung an erster Stelle. In Hessen werden mit der zweijährigen Berufsfachschule, der einjährigen BFS und der zweijährigen höheren BFS drei verschiedene Berufsfachschultypen angeboten. Im Folgenden konzentriert sich die Darstellung auf die zweijährige Berufsfachschule, da diese Schulform Gegenstand der Evaluation ist und die Schulform darstellt, die für eine Neustrukturierung des BGJ maßgebend ist.

¹ Gemeint sind jene Berufsfachschultypen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln.



Berufsfelder

Laut Verordnung umfasst die zweijährige Berufsfachschule genau wie das Berufsgrundbildungsjahr, die Berufsfelder Wirtschaft und Verwaltung, Holztechnik, Elektrotechnik, Metalltechnik, Bautechnik, Textiltechnik und Bekleidung, Chemie/Biologie/Physik, Farbtechnik und Raumgestaltung, Körperpflege, Ernährung und Hauswirtschaft sowie Agrarwirtschaft. Dieses Angebot wird durch die zwei Fachrichtungen Medizinisch-technische und krankenpflegerische Berufe sowie sozialpflegerische/sozialpädagogische Berufe ergänzt. Auch die einjährige BFS orientiert sich an Berufsfeldern. Hier werden zwei berufsfeldspezifische Schulformen angeboten; die BFS für Wirtschaft und die BFS für Ernährung/Hauswirtschaft.

Eingangsvoraussetzungen

Der qualifizierte Hauptschulabschluss ist die wesentliche Zugangsvoraussetzung zur zweijährigen BFS. Hierin liegt auch ein erheblicher Unterschied zum BGJ, in dem seit dem Jahr 2006 der Hauptschulabschluss als Voraussetzung nötig ist. Unter bestimmten Umständen, wenn die Noten nur unwesentlich unter dem qualifizierten Hauptschulabschluss liegen und der Schüler von seiner abgebenden Schule ein Gutachten erhält, in welchem er für die BFS als geeignet erachtet wird, kann auch in der zweijährigen BFS der einfache Hauptschulabschluss ausreichend sein. Jedoch dürfen die Schüler zusätzlich das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet und noch keine zweijährige BFS abgeschlossen haben. Für die einjährige BFS ist der Besitz der mittleren Reife unumgänglich, weswegen diese Schulform für die hier betrachteten Schülerinnen und Schüler unerreichbar ist.

Ziele/Anrechnungsverordnung

Die Vermittlung der mittleren Reife ist das Ziel der zweijährigen BFS. Zusätzlich erwerben die Jugendlichen eine berufliche Grundbildung, die nach der durch das Land

erlassenen Anrechnungsverordnung als erstes Jahr einer dualen Ausbildung im selben Berufsfeld anerkannt werden muss. Die Verordnung gilt auch für die einjährige BFS.

Abschlussprüfungen

In der zweijährigen BFS werden schriftliche Prüfungen und eine praktische „Projektpreuung“ (vgl. Hessisches Kultusministerium 2006, S. 186) durchgeführt. Mündliche Prüfungen können von den Jugendlichen freiwillig geleistet werden, sofern die Noten der schriftlichen Prüfungen oder der Projektpreuung schlechter ausfallen als die entsprechenden Vornoten. In der einjährigen Berufsfachschule werden keine Abschlussprüfungen durchgeführt. Der Schultyp ist bestanden, sofern im Jahreszeugnis die Durchschnittsnote von 4,0 nicht überschritten wird.

Praktika

Genau wie im Berufsgrundbildungsjahr besteht in der zweijährigen BFS *Praktikumspflicht*. Wie auch im Berufsgrundbildungsjahr werden in der Regel werden 160 Stunden absolviert, wobei die Hälfte in den beruflichen Pflichtbereich, die andere Hälfte in den Wahlpflichtbereich fällt. In der einjährigen BFS existiert keine solche Pflicht.

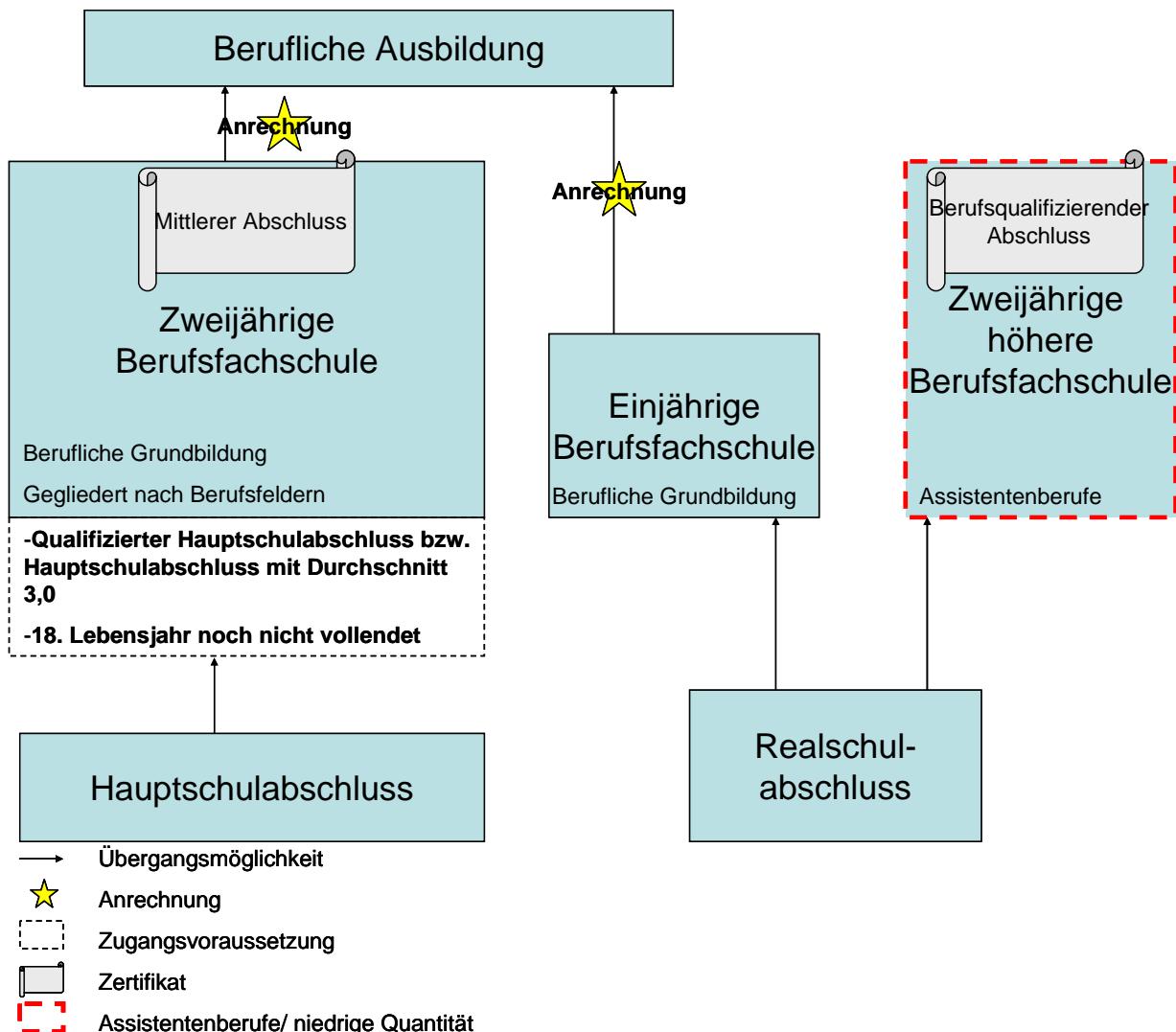
Unterrichtsanteile

Der Unterricht umfasst in der zweijährigen BFS ein Volumen von 2400 Stunden, darunter 1120 Stunden berufsbildender und 1160 Stunden allgemeinbildender Unterricht, zusätzlich wird Wahlunterricht im Umfang von 120 Stunden angeboten. Die einjährige BFS wird in 1280 Stunden durchgeführt. Den größten Teil davon (1040 Stunden) bildet der berufliche Unterricht.

Folgende Abbildung fasst die verschiedenen Berufsfachschultypen grafisch zusammen.



Abb. 15: Die Berufsfachschulen in Hessen



Quelle: Hessische Staatskanzlei 2006, Hessisches Kultusministerium 1978, Hessisches Kultusministerium 2005, Hessisches Kultusministerium 2006a, Eigene Darstellung

8.2 Die Berufsfachschulen in Baden-Württemberg

Ein Berufsgrundbildungsjahr hat es in Baden-Württemberg nie gegeben. Stattdessen gibt es hier die einjährige Berufsfachschule, welche die Kenntnisse des ersten Ausbildungsjahres schulisch vermittelt und im Großteil der Ausbildungsberufe durchgehend etabliert ist. Die einjährige BFS wurde in den 1960er Jahren auf Nachfrage der Wirtschaft eingerichtet. Viele, insbesondere Kleinbetriebe waren und sind in BW auf Grund ihrer personellen und materiellen Ausstattung nicht in der Lage

im ersten Lehrjahr die hohen Ansprüche einer dualen Berufsausbildung zu erfüllen. Aus diesem Grund besuchen viele Jugendliche die einjährige Berufsfachschule mit einem Vorvertrag. Weil ein Berufsgrundbildungsjahr in Baden-Württemberg nie eingeführt wurde, waren durch einen Wegfall dieser Schulform begründete Reformen im Gegensatz zu den anderen Vergleichsländern nicht notwendig. Die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen in Baden-Württemberg sind seit den 1960er Jahren daher nahezu unverändert. In Baden-Württemberg stehen den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss gleich zwei teilqualifizierende und ein vollqualifizierender BFS-Typ zur Verfügung.

Berufsfelder

Laut Verordnung umfasst die einjährige Berufsfachschule die Berufsfelder Holztechnik, Elektrotechnik, Metalltechnik, Bautechnik, Textiltechnik und Bekleidung, Drucktechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung, Körperpflege, Ernährung und Hauswirtschaft sowie Radio- und Fernsehtechnik. In der zweijährigen Berufsfachschule findet man die Berufsfelder Elektrotechnik, Metalltechnik, Bautechnik, Holztechnik, Textiltechnik sowie Nahrung. Außerdem gibt es die Berufsfachschulen für Gesundheit und Pflege sowie Ökologie, darüber hinaus die kaufmännische sowie die hauswirtschaftlich-sozialpädagogische Berufsfachschule.

Eingangsvoraussetzungen

Wie bereits angedeutet ist sowohl für die einjährige als auch die zweijährige gewerblich-technische BFS der Hauptschulabschluss Voraussetzung. Für letzteren BFS-Typus wird er jedoch in qualifizierter Form benötigt, wodurch diese Berufsfachschule der zweijährigen BFS in Hessen bezüglich der Eingangsvoraussetzungen sehr ähnelt.



Ziele/Anrechnungsverordnung

Die Vermittlung einer beruflichen Grundbildung ist Ziel beider teilqualifizierender Berufsfachschulen. In der zweijährigen gewerblich-technischen BFS erfolgt die Vermittlung der mittleren Reife. Darüber hinaus wird jedoch in beiden Schultypen kein beruflicher Abschluss vermittelt.

Es besteht sowohl für die einjährige, als auch für die zweijährige gewerblich technische BFS eine Anrechnungsverordnung. Diese ist für die einjährige BFS verpflichtend, während die Formulierung für die zweijährige Form eine Anrechnung zwar empfiehlt, jedoch nicht zwingend vorschreibt (vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg 2006, S. 374).

Abschlussprüfungen

Die Prüfungsleistungen sind in der einjährigen BFS auf eine praktische Prüfung beschränkt. Darüber hinaus müssen die Jugendlichen in der zweijährigen Form sowohl eine schriftliche als auch eine mündliche Prüfung absolvieren.

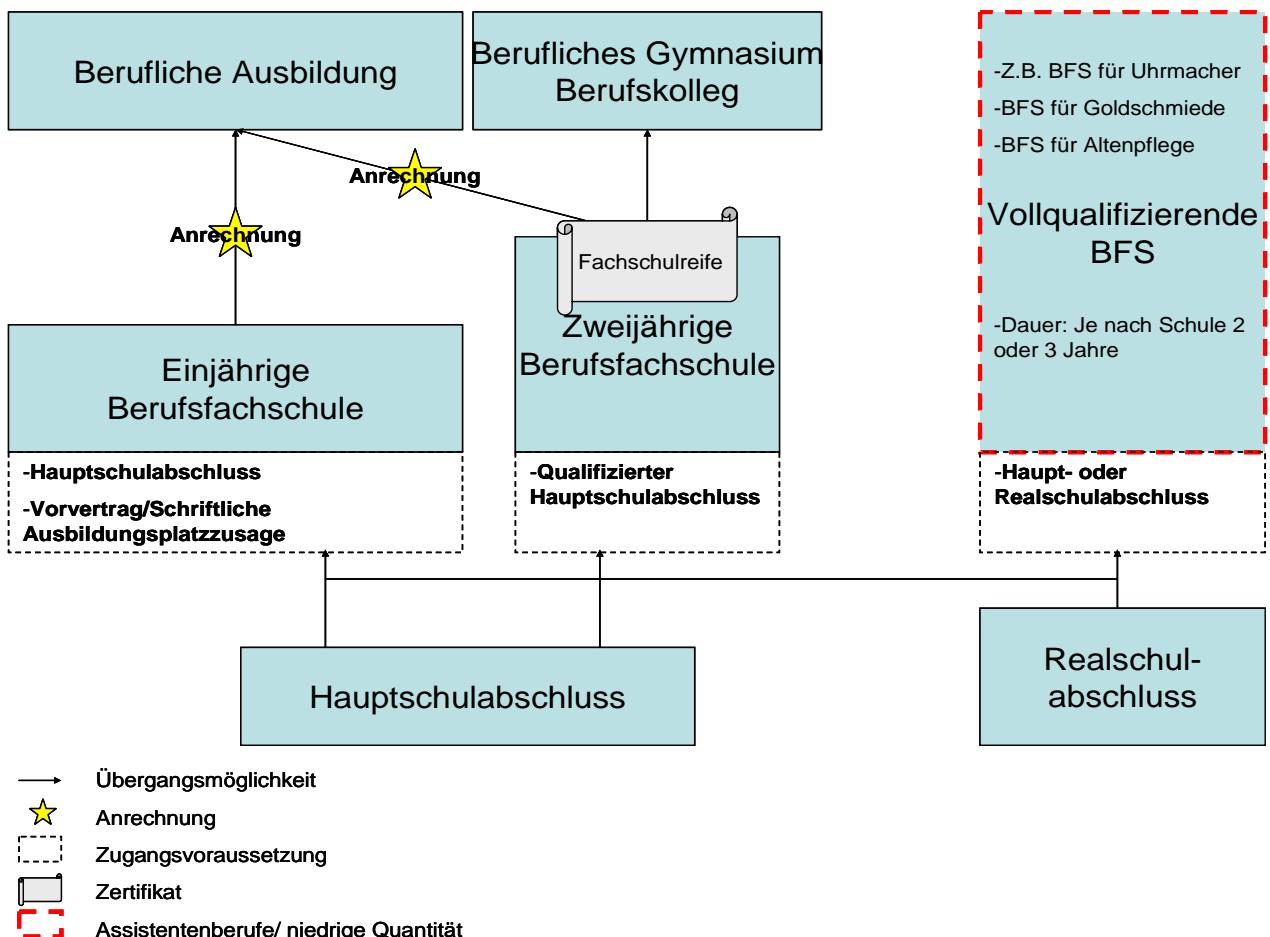
Praktika

Praktika sind in keinem der Schultypen vorgesehen. Allerdings sind in fast allen Klassen der einjährigen Berufsfachschule Praktika fester Bestandteil der Ausbildung.

Unterrichtsanteile

In Baden-Württemberg umfasst der Unterricht 1480 Stunden in der einjährigen BFS und 2640 Stunden in der zweijährigen zur Fachschulreife führenden BFS. Bei ersterer setzen sich diese aus 1320 Stunden beruflichem und 160 Stunden allgemeinbildendem Unterricht zusammen, bei letzterer ist das Verhältnis 1360 zu 1280 Stunden (vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg 1989, 1992).

Abb. 16: Die Berufsfachschulen in Baden-Württemberg



Quelle: Baden-Württemberg, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Abteilung Berufliche Schulen 2003, ohne Jahr, Staatsministerium Baden-Württemberg 1983, 1989, 1992, 2006, Eigene Darstellung

Aktuelle Reformen in Baden-Württemberg

Die einjährige BFS wird von Jugendlichen besucht, die in der Regel bereits einen Vorvertrag mit einem Ausbildungsbetrieb abgeschlossen haben. Dieser wird per Verordnung vorgeschrieben, ist in der Praxis jedoch nicht zwingend notwendig. Um Klassen aufzufüllen bzw. freie Kapazitäten zu besetzen, haben auch Jugendliche ohne Vorvertrag oftmals die Möglichkeit die einjährige BFS zu besuchen. BW zählt



zusammen mit Hessen zu den wenigen Bundesländern, die sich im Jahr 2006 dazu entschlossen haben, eine Anrechnungsverordnung nach Länderrecht zu erlassen. Allerdings bleibt eine Anrechnung als erstes Lehrjahr durch die Formulierung der Verordnung in den Händen der abnehmenden Betriebe. Da der vollschulische Bildungsgang auf Wunsch der Wirtschaft eingerichtet wurde, bilden die Übergänge in eine verkürzte Ausbildung im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nicht die Ausnahme sondern die Regel. In vielen Berufsfeldern (z.B. Holz und Metall) liegt die Übergangsquote bei 100%, lediglich im Berufsfeld Körperpflege und im Restaurant- und Gastgewerbe sind die Anrechnungsquoten nicht zufriedenstellend.

Die zweijährige Berufsfachschule führt die Jugendlichen zur mittleren Reife. Dieser Schultyp wird in der Regel von Jugendlichen ohne Vorverträge besucht; auch Übergänge in Ausbildung und Arbeit finden seltener statt. Ein Großteil der Absolventen besucht im Anschluss weiterführende Schulen, um beispielsweise das Abitur zu erreichen (der Anteil von Abiturienten von beruflichen Gymnasien (z. T. fachgebundene Hochschulreife) zu regulären Abiturienten ist in BW mit 33% deutlich höher als in anderen Bundesländern).

Externenprüfungen nach §43 (2) BBiG im Anschluss an einen erfolgreichen Abschluss der Berufsfachschule sind in Baden-Württemberg nicht möglich. Dies liegt daran, dass keine vollqualifizierenden BFS nach Landesrecht (Assistentenberufe) existieren. Die wenigen vollqualifizierenden „Exoten“ unter den BFS bilden in Handwerksberufen gemäß BBiG aus und sind diesen damit ohne Externenprüfung gleichgestellt.

Die geschlechtsspezifischen Verteilungen in den Berufsfachschulen Baden-Württembergs stimmen mit denen der anderen Länder überein. So finden sich auffällig wenige Mädchen in technischen Berufen. In der zweijährigen Berufsfachschule dagegen sind junge Frauen häufiger anzutreffen. Sie streben in der Regel das Nachholen der mittleren Reife an.

Quantitativ dominant sind in BW insbesondere die Berufsfelder Holz- und Metalltechnik. Anteilmäßig wenige Jugendliche sind dagegen in der Körperpflege

vertreten. Damit sind die Bildungsgänge mit den besten Übergangschancen auch die quantitativ meist besetzten und umgekehrt, während in den anderen Vergleichsländern oft die Bildungsgänge mit niedrigen Erfolgsquoten am besten besucht sind.

Einer grundsätzlichen Modularisierung steht man in Baden-Württemberg tendenziell ablehnend gegenüber. Die Ablehnung betrifft im Wesentlichen Vorbehalte gegenüber einer befürchteten sehr starken Zersplitterung wie sie beispielsweise im englischen Modell stattfindet.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Berufsfachschulen in Baden-Württemberg ein stark nachfrageorientiertes Subsystem innerhalb der beruflichen Bildung darstellen, das sich auch ohne Anrechnungspflicht durch hohe Anrechnungs- und damit Übergangsquoten auszeichnet. Die wichtigsten Merkmale der Nachfrageorientierung bilden die Aufteilung in einen einjährigen und einen zweijährigen Schultypus für Jugendliche mit Hauptschulabschluss und damit die Trennung von beruflicher Grundbildung und Berufsvorbereitung, die flexible Haltung zum Vorvertrag als Eingangsvoraussetzung in die einjährige Berufsfachschule sowie die fehlende Verpflichtung zur Anrechnung. Im Hinblick auf den Ländervergleich wurde von dem interviewten Experten betont, dass – insbesondere die einjährigen BFS in Baden-Württemberg im Gegensatz zu jenen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg keine „Reparaturbetriebe“ für schulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsverträge sind, sondern integraler Bestandteil einer dualen Berufsausbildung.

8.3 Die Berufsfachschulen in Hamburg

Das Berufsfachschulwesen in Hamburg ist von den im Rahmen dieser Arbeit verglichenen Ländern das institutionell am meisten ausdifferenzierte. Die Behörde für Bildung und Sport (2007, S. 3) unterscheidet die Hamburger Berufsfachschulen nach schulischer Zugangsvoraussetzung sowie Umfang der Qualifikation. Aus diesen beiden Kriterien ergeben sich vier Berufsfachschultypen; die einjährige, sowie zweijährige teilqualifizierende Berufsfachschule (im Folgenden BFS-tq) als Berufsfachschultypen, die nicht zu einer Vollqualifikation führen, sowie die zweijährige und die dreijährige vollqualifizierende Berufsfachschule.



Abb. 17: die vier Formen der BFS in Hamburg

		Schulische Eingangsvoraussetzung	
		Hauptschulabschluss	Realschulabschluss
Umfang der Qualifikation	Teilqualifikation	Zweijährige BFS-tq	Einjährige BFS Handel und Industrie
	Vollqualifikation	Dreijährige BFS	Zweijährige ² BFS

Quelle: Behörde für Bildung und Sport 2007

Fachrichtungen

Die zweijährige BFS-tq ist in die folgenden sieben Fachrichtungen untergliedert: 1. Elektronik und Informationstechnik, 2. Gastronomie und Ernährung, 3. Gesundheit, 4. Medientechnik und –gestaltung, 5. Automatisierungstechnik, 6. Sozialpädagogische Dienstleistungen und 7. Wirtschaft und Verwaltung. Die einjährige BFS Handel und Industrie orientiert sich am Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung.

Eingangsvoraussetzungen

Eingangsvoraussetzungen für die zweijährige BFS-tq sind der Hauptschulabschluss mit einem Notendurchschnitt in den Hauptfächern von nicht schlechter als 3,3 und ein Alter unter 20 Jahren. Die einjährige BFS- Handel und Industrie setzt den Realschulabschluss mit einem Notendurchschnitt nicht schlechter als 3,5 voraus.

Ziele/Anrechnungsverordnung

Bei den BFS-tq sind die Ziele eine „breit angelegte(n) beruflichen Grundbildung, die fachrichtungsbezogen der Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung dient“ sowie die Verbesserung „der schulischen Voraussetzungen“ (vgl. Behörde für Bildung und Sport 2007, S. 31, 49). Interessant ist hierbei, dass das erste Ziel nur im Zusammenhang der zweijährigen BFS-tq und letzteres dagegen ausschließlich im Zusammenhang mit der einjährigen BFS-tq genannt wird. Ein allgemein bildendes Zertifikat, welches die

² Die Bildungsgänge sind in der Regel zweijährig, die BFS für Tanz und tänzerische Gymnastik sowie die Gesundheitsfachberufe finden erstrecken sich über drei Jahre.

schulischen Voraussetzungen formal erst erhöhen würde, kann in der einjährigen BFS-tq jedoch nicht erworben werden; die Schulform führt weder zu einer formalen Erweiterung der Allgemeinbildung noch zu einem beruflichen Zertifikat.

Abschlussprüfungen

Die für alle vier BFS-Typen Hamburgs obligatorische Abschlussprüfung ist im Ländervergleich untypisch und dadurch besonderes Merkmal dieses Bundeslandes. Die Abschlussprüfungen sind darüber hinaus sehr umfangreich, bestehen sie doch aus einer schriftlichen, einer mündlichen und einer praktischen Prüfung. Lediglich für die zweijährige BFS-tq entfällt eine praktische Prüfung. Die geprüften Fächer hängen vom jeweiligen Berufsfeld, der Fachrichtung bzw. des Berufes ab.

Praktika

In der teilqualifizierenden BFS besteht lediglich im Rahmen des zweijährigen Typs die Pflicht ein sechswöchiges Betriebspракtikum zu absolvieren. Die einjährige BFS für Handel und Industrie schreibt kein Praktikum vor.

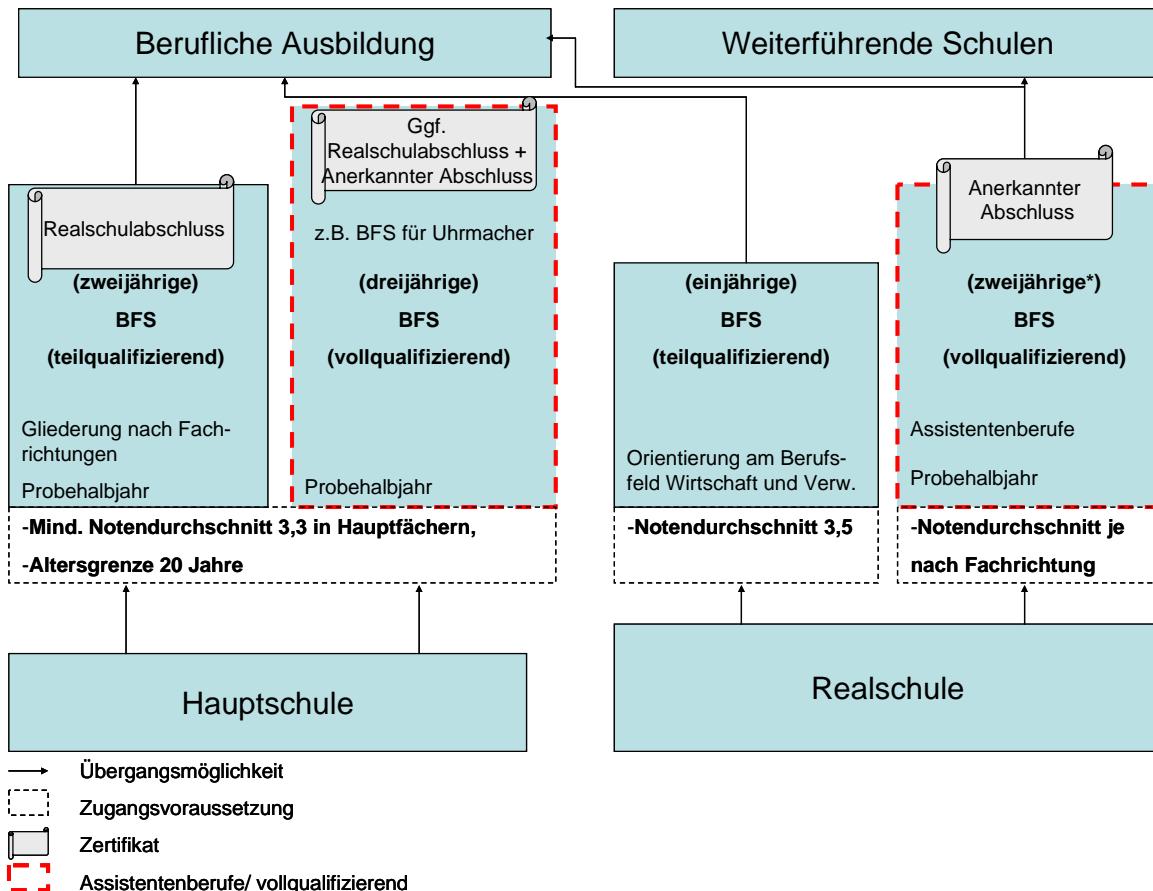
Unterrichtsanteile

Der Unterricht setzt sich in der BFS-tq gleichmäßig aus jeweils 1200 Stunden im allgemein bildenden und im berufsbildenden Bereich zusammen. In der einjährigen BFS Handel und Industrie überwiegt der berufliche Anteil mit 720 Stunden den allgemein bildenden Anteil (480 Stunden).

In der folgenden Abbildung sind die verschiedenen BFS-Typen Hamburgs grafisch zusammengefasst.



Abb. 18: Grafische Übersicht: Die Berufsfachschulen in Hamburg



Quelle: Behörde für Bildung und Sport 2007, Justizbehörde der freien Hansestadt Hamburg 2000a, 2000b, 2006, eigene Darstellung

Aktuelle Reformen in Hamburg

Die bisherigen Ausführungen, in der grafischen Übersicht über die Berufsfachschulen in Hamburg zusammengefasst, verdeutlichen, dass die zweijährige BFS-tq in Hamburg der Berufsfachschultypus ist, welcher der zweijährigen hessischen Berufsfachschule am meisten ähnelt. Die Darstellung beschränkt sich daher auf diesen Schultyp.

Die zweijährige teilqualifizierende Berufsfachschule wurde im Jahr 2006 umfassend reformiert. Aus mehreren Gründen wurde dieser Schultyp als reformbedürftig angesehen. Die Bandbreite in der Altersstruktur reichte von Jugendlichen, die diesen Schultyp nach der 9. Klasse der Hauptschule besuchten bis zu Erwachsenen in den

30ern. Darüber hinaus waren die Eingangsvoraussetzungen in Bezug auf die Vorbildung der Schülerinnen und Schüler höchst heterogen. Nach Angaben des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung reichten die Grundlagen von Schülern, die kaum (deutsch) lesen und schreiben konnten, bis hin zu Schülern, deren Wissensstand dem von Gymnasiasten ähnelte. Infolgedessen erreichte die Abbrecherquote dieses Schultyps bis zu 50% eines Jahrgangs. Darüber hinaus waren die Fachrichtungen methodisch und didaktisch zu veraltet um die Erfordernisse der Wirtschaft bedienen zu können. Weiterhin besuchten viele Schüler und Schülerinnen die BFS nicht um eine berufliche Grundbildung zu erhalten, sondern vor allem um den Realschulabschluss nachzuholen.

Diese Voraussetzungen führten zu einem niedrigen Ansehen durch die Wirtschaft als Abnehmer der Absolventen. Im Jahr 2006 wurden daher zunächst die Eingangsvoraussetzungen zur zweijährigen Berufsfachschule erhöht. Hierzu gehörte der Mindestnotendurchschnitt von 3,3, welcher dem hessischen qualifizierten Hauptschulabschluss entspricht. Daneben wurde der Zugang zur BFS mit einer Altershöchstgrenze von 20 Jahren limitiert. Die Fachrichtungen wurden zudem auf aktuelle Berufe ausgerichtet, begleitet von einer Abwendung vom klassischen Fächerunterricht hin zu Lernfeldern, die sich mit jenen des ersten Jahres einer dualen Ausbildung weitgehend decken. Um zu verhindern, dass ein Großteil der Schüler gänzlich ohne berufliche Motivation in die BFS eintritt, ist heute in der Anmeldung eine schriftliche Begründung der Fachrichtungswahl notwendig. Daneben soll die Einführung einer beruflichen Eingangsberatung sowie von sechswöchigen Praktika den beruflichen Bezug der BFS-tq weiter fördern.

Die sich durch die Novelle des BBiG im Jahr 2005 ergebenden Möglichkeiten, also die Zulassung von Schüler/-innen einer schulischen Ausbildung zur Abschlussprüfung von Ausbildungsberufen nach BBiG und HWO, sowie die durch den Wegfall der bundesweiten Anrechnungsverordnung über den Besuch der BFS und des BGJ (vgl. Bundesministerium der Justiz 2005, S. 967, 968) entstandene Kompetenz, Anrechnungsverordnungen auf Länderbasis erlassen zu können, werden in Hamburg



nicht genutzt. Die Interviewpartner verwiesen in diesem Zusammenhang auf die ablehnenden Signale von Kammern und Betrieben, sowie auf die schlechten Erfahrungen mit der bundesweiten Anrechnungsverordnung im ehemaligen hamburgischen BGJ, welche genau wie in Hessen dazu führte, dass sich Jugendliche in ein Berufsfeld einschrieben, das nicht dem Berufswunsch entsprach bzw. die BFS vorzeitig abbrachen um in ihrem Berufsfeld einen Ausbildungsvertrag erreichen zu können.

Da die Reform der BFS-tq in Hamburg erst vor zwei Jahren erfolgte und der erste Jahrgang seit der Reform folglich erst kurz vor seinem Abschluss steht, war es den Experten nicht möglich, durch die Reformen bedingte Zahlen zum Übergang in Ausbildung, Arbeit oder weiterführende Schulen zu nennen. Ergebnisse einer entsprechenden Evaluation liegen voraussichtlich ab Herbst vor. Den Übergang in das berufliche Gymnasium als weiterführende Schule nutzten vor den Reformen jährlich zwischen 5 und 8% der Schülerinnen und Schüler.

Im Zusammenhang mit den Übergängen in Ausbildung, aber auch im Hinblick auf die Praktika interessiert die Frage nach auf Netzwerken basierenden Kooperationen der Schulen mit Betrieben. Das Schulgesetz des Stadtstaates schreibt jeder beruflichen Schule eine Lernortkooperation vor. Darüber hinaus sitzen Vertreter der Wirtschaft in verschiedenen Schulgremien. Darüber hinaus finden sich Betriebsvertreter in den Schulvorständen einer jeden beruflichen Schule in Hamburg. Gesicherte Daten zur Verbesserung der Übergänge durch Praktika liegen auf Grund der oben beschriebenen Umstände allerdings noch nicht vor.

Die geschlechterspezifische Zusammensetzung der BFS-Klassen ist nahezu paritätisch, wobei in den technischen Fachrichtungen erwartungsgemäß die Jungen, in Dienstleistungsfachrichtungen die Mädchen dominieren. Auf Grund eines in Hamburg extrem hohen Verdrängungswettbewerbs – durch eine hohe Anzahl von Einpendlern bei gleichzeitig sehr wenigen Auspendlern – ergibt sich in der BFS-tq ein hoher Anteil

von ausländischen Jugendlichen sowie Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 60-80% – trotz zusätzlicher Angebote für diese Zielgruppe.

Die Heterogenität der schulischen Vorbildung hat, wenn auch über die Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen vermindert, immer noch Bestand. Die Schülerinnen und Schüler strebten vor der Reform in 2006 primär die Erhöhung des allgemein bildenden Abschlusses an, wodurch die beruflichen Inhalte in den Hintergrund rückten.

Dominant in Bezug auf die Schülerzahlen ist die Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung. Entgegen der großen Popularität unter den Jugendlichen stellt die Wirtschaft in der Hansestadt für die Absolventen der BFS-tq in der Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung jedoch kaum Ausbildungsplätze zur Verfügung. Auf der anderen Seite meiden die Jugendlichen die Fachrichtung Gastronomie und Ernährung, deren Berufe in Hamburg wie im Bundesgebiet wachsen und gerade Jugendliche mit schwachen Abschlüssen absorbieren könnten.

Auch in Hamburg erkennt man, dass die Reformen der Berufsfachschule als systemimmanente Reformen höchstens einen „reparierenden“ Charakter haben. Über diese Reparaturelemente besteht in Zukunft ein Bedarf an grundlegenden strukturellen Reformen im Bildungssystem. Einen ersten Schritt geht das Bundesland durch den künftigen Wegfall der Hauptschule. Für eine Modularisierung der Berufsbildung mit allen ihren Konsequenzen zeigten sich die Vertreter der Hansestadt offen, jedoch nicht ohne einen Verweis auf den Widerstand ihrer Gegner aufmerksam zu machen.

Insgesamt zeigt die zweijährige teilqualifizierende Berufsfachschule in Hamburg deutliche Ähnlichkeiten sowohl zur zweijährigen BFS in Hessen, als auch zum Berufsgrundbildungsjahr. Die Ähnlichkeiten gelten nicht nur für den formalen Aufbau dieses schulischen Teilsystems, sondern auch für die unzureichenden Übergänge in Ausbildung, Arbeit sowie in die weiterführenden Schulen. Zwar befindet sich der erste „Reformjahrgang“ gerade erst in der Abschlussphase, die Aussagen der Experten deuten jedoch an, dass die Reformen in Bezug auf die Übergänge keine deutlichen



Verbesserungen zeigen werden. Die Haupteffekte der Reformen liegen, durch die Erhöhung der Eingangsvoraussetzungen und der Profilierung der BFS, wohl eher in der Eindämmung der Teilnehmerzahl sowie der Abbrecher. Diejenigen Jugendlichen, die diesen Typ der BFS in der Vergangenheit abbrechen mussten oder jetzt auf Grund mangelnder Eingangsvoraussetzungen nicht mehr besuchen können, finden sich jetzt in neu geschaffenen Förderstrukturen unterhalb der BFS wieder.

8.4 Die Berufsfachschulen in Rheinland-Pfalz

Genau wie Hamburg verfügt Rheinland-Pfalz über vier verschiedene *Berufsfachschultypen*. Die Besonderheit dieses Modells besteht jedoch darin, dass die teilqualifizierenden Berufsfachschulen konsekutiv sind. Für Schulabsolventen mit Hauptschulabschluss wird in diesem Bundesland seit der grundlegenden Reform in 2004 keine zweijährige BFS mehr angeboten, sondern zwei aufeinander aufbauende einjährige, die BF I und BF II genannt werden. Diese konsekutive Struktur ist für das Evaluationsprojekt von besonderem Interesse, da sie für diejenigen Schülerinnen und Schüler des ehemaligen Berufsgrundbildungsjahres, welches in Rheinland-Pfalz ebenfalls abgeschafft wurde, wichtige vollschulische Bildungsangebote darstellen.

Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss haben weiterhin die Möglichkeit die vollqualifizierende dreijährige Berufsfachschule zu absolvieren, welche zu einem beruflichen Abschluss in einem Handwerksberuf führt. Allerdings ist dieser Schultyp für das Evaluationsprojekt auf Grund seiner Zielsetzung (schulische Berufsausbildung) und der geringen Quantität von geringem Interesse. Vervollständigt werden die Berufsfachschulen in Rheinland-Pfalz durch die zweijährige höhere BFS, welche zu berufsqualifizierenden Abschlüssen in Assistenzberufen führt. Auch dieser Schultyp ist für das Anliegen der Evaluation eher nebensächlich, weshalb auf eine detaillierte Darstellung verzichtet werden kann.

Fachrichtungen

Sowohl BF I als auch BF II sind nach Fachrichtungen organisiert. Auf Grund des konsekutiven Charakters sind die Bezeichnungen der Fachrichtungen nahezu identisch. Diese sind in der BF I:

- Technik,
- Informationsverarbeitung und Medien,
- Hauswirtschaft/Sozialwesen, Ernährung, Gesundheit und Pflege,
- Wirtschaft und Verwaltung
- Agrarwirtschaft

In der BF II wird die Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung Betriebswirtschaft genannt. Darüber hinaus ist eine Spezialisierung in der Fachrichtung Hauswirtschaft/Sozialwesen, Ernährung, Gesundheit und Pflege in Hauswirtschaft/Sozialwesen und Ernährung oder Gesundheit/Pflege notwendig.

Eingangsvoraussetzungen

Die Eingangsvoraussetzung für den Besuch der BF I ist der Hauptschulabschluss, im Gegensatz zu Hessen und Hamburg ohne weitere Einschränkungen. Für den Eintritt in die BF II wird ein erfolgreicher Abschluss der BF I mit maximalem Notendurchschnitt von 3,0 benötigt. Während also die Eingangsvoraussetzungen in die BFS vergleichsweise niedrig sind, ist die Schwelle für das „zweite Schuljahr“ höher als in den Vergleichsländern.

Ziele/Anrechnungsverordnung

Laut Verordnung über die BF I und II stellt die „Vermittlung einer fachrichtungsbezogenen Grundbildung“ sowie die „Förderung der beruflichen Handlungskompetenz“ das Ziel der BF I. dar. Darüber hinaus „unterstützt [sie] die Schülerinnen und Schüler bei der Entwicklung eigener Lerntechniken und Strategien“ (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2004). Berufliche Handlungskompetenz ist ebenfalls erklärtes Ziel der BF II. Abweichend von der BF I ist in diesem Schultypus die Verbindung „berufsübergreifende[r] Lerninhalte mit berufsbezogenen Projekten aus den einzelnen Fachrichtungen (...)“ eine Zielvorgabe. Auf einen stärkeren Berufs- und Praxisbezug in der BF II kann daraus jedoch nicht geschlossen werden. Zwar orientiert



sich der Unterricht in der BF II an Projekten, jedoch dient dieser Schultyp in erster Linie dem nachträglichen Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses.

Eine weitere Besonderheit in Rheinland-Pfalz betrifft die Möglichkeit, nach der BF I in das zweite Jahr der dreijährige BFS überzugehen, sofern der Ausbildungsberuf der Fachrichtung der BF I entspricht. Eine Anrechnungspflicht für die BF I und II gibt es in RP auf Basis von Verordnungen nicht. Wenn es Vereinbarungen mit der Wirtschaft zulassen, können jedoch innerhalb der BF I Klassen eingerichtet werden, für die ein Vorvertrag oder eine schriftliche Ausbildungsplatzusage nötig ist. Eine Vereinbarung, zwischen dem Land und der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion), führt – unter der Voraussetzung eines verpflichtenden Praktikums – zur Anrechnung des Abschlusses im Schwerpunkt Hauswirtschaft/Sozialwesen innerhalb des Berufsfelds Hauswirtschaft auf das erste Ausbildungsjahr.

Der Logik einer teilqualifizierenden BFS entsprechend vermitteln weder die BF I noch die BF II einen beruflichen *Abschluss*. Der Erwerb eines dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschlusses wird automatisch mit der erfolgreichen Abschlussprüfung der BF II ausgewiesen.

Abschlussprüfungen

Die Prüfungsregelungen bezüglich der teilqualifizierenden Berufsfachschulen sind in RP sehr übersichtlich. In der BF I gibt es keine Abschlussprüfungen; zum erfolgreichen Abschluss genügt es, wenn die Schülerinnen und Schüler in keinem Fach die Note „mangelhaft“ oder „ungenügend“ haben, wobei ein Ausgleich bedingt möglich ist (vgl. Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2001, S. 132ff). Im Schwerpunkt Hauswirtschaft/Sozialwesen muss zusätzlich ein Praktikum nachgewiesen werden. In der BF II müssen lediglich schriftliche Prüfungen in Form von Klassenarbeiten absolviert werden.

Praktika

Für die Durchführung von Praktika sind in den Rheinland-Pfälzer Berufsfachschulen überwiegend die Schulen und deren Schülerinnen und Schüler verantwortlich. Die

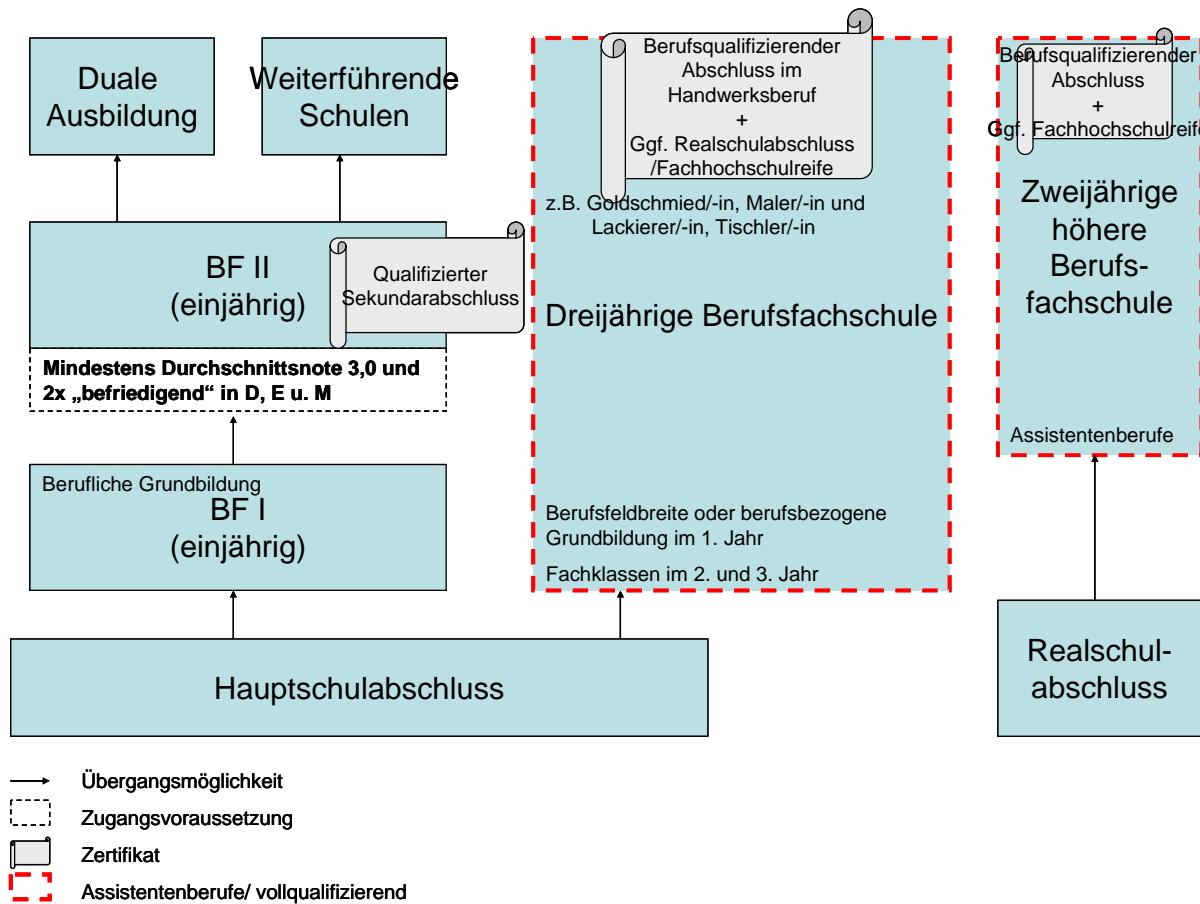
Verordnung über die BF I verlangt nur im Schwerpunkt Hauswirtschaft/Sozialwesen ein einmonatiges Praktikum. Ansonsten werden achtwöchige Praktika empfohlen, sie sind jedoch nicht verpflichtend in der Verordnung verankert. In der BF II finden in der Regel gar keine Praktika statt.

Unterrichtsanteile

Der Unterricht fällt in der BF II mit 1240 Stunden geringer aus als in der BF I (1520 Stunden). Dabei überwiegen in der BFI die beruflichen Anteile mit 880 Stunden den allgemein bildenden Unterricht (520 Stunden), während sich dieses Verhältnis in der BF II umgekehrt darstellt. Hier dominiert der allgemein bildende Unterricht (760 Stunden). Sowohl in der BFS I als auch in der BFII wird in beiden Lernbereichen Wahlunterricht zur Vertiefung angeboten. In der dreijährigen BFS müssen mindestens 3760 Stunden absolviert werden, in der höheren BFS mindestens 2640.



Abb. 19: Grafische Übersicht: Die Berufsfachschulen in Rheinland-Pfalz



Quelle: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2001, 2003, 2004, 2006, eigene Darstellung

Aktuelle Reformen in Rheinland-Pfalz

Eine umfassende Reform der Berufsfachschulen in Rheinland-Pfalz erfolgte im Jahr 2004. Ein Änderungsbedarf wurde wie auch in Hamburg vor allem durch die hohe Abbruchquote von ca. 50% ausgelöst.

Anders als Hamburg ging man in Rheinland-Pfalz jedoch den Weg, anstatt an einer zweijährigen Berufsfachschule festzuhalten, zwei konsekutive einjährige Bildungsgänge zu schaffen. Gleichzeitig wurde das Berufsgrundbildungsjahr aufgegeben und in diese Systematik eingepasst. In der neu geschaffenen BF I als erste Stufe, wird in insgesamt 1520 Unterrichtsstunden eine berufliche Grundbildung vermittelt. Die BF II führt dagegen durch die Betonung der berufsübergreifenden Fächer zum Realschulabschluss. Ein weiter Unterschied zu anderen BFS-Modellen besteht in Rheinland-Pfalz in den Eingangsvoraussetzungen in die BF I und II. Während

die Eintrittsschwelle in die BF I mit einem Hauptschulabschluss ohne weitere Einschränkungen sehr niedrig ist, fällt sie mit einem Durchschnitt von 3,0 und zwei mal mindestens „befriedigend“ in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik in der BF II ungleich höher aus als in den Vergleichsländern. Hiermit war die Hoffnung verbunden, einem großen Teil der Jugendlichen im ersten Jahr eine berufliche Grundbildung zu vermitteln und die Abbrecherquote auf dem Weg zum Sekundarabschluss dennoch niedrig zu halten.

In Folge des Wegfalls der bundesweiten Anrechnungsverordnungen entschied sich das Land zusammen mit den Sozialpartnern von einer landesrechtlichen Anrechnungsverordnung abzusehen. Vielmehr sollten Anrechnungen auf das erste Jahr einer dualen Ausbildung nur noch auf den ausdrücklichen Wunsch der Kammern erfolgen. In vielen Fällen erfolgt die Anrechnung nach individueller Beurteilung, es werden jedoch auch so genannte „angeordnete Fachklassen“ eingerichtet, die offiziell als BF I Klassen geführt werden aber über den Hauptschulabschluss hinaus auch einen Vorvertrag bzw. eine schriftliche Ausbildungsplatzzusage von einem Betrieb voraussetzen. Diese besonderen BF I Klassen können je nach Bedarf in allen Fachrichtungen eingerichtet werden, sie existieren zurzeit jedoch lediglich in der Fachrichtung Holztechnik. Eine weitere freiwillige Anrechnung durch die Wirtschaft erfolgt im Schwerpunkt Hauswirtschaft/Sozialwesen durch eine Vereinbarung des Ministeriums für Kultus, Wissenschaft und Jugend mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz.

Generell war es auch in Rheinland-Pfalz nur schwer möglich, quantitative Informationen über die Erfolge der BFS-Reform gemessen an Übergängen in Ausbildung und Beschäftigung zu erhalten, da diese Daten nicht systematisch erhoben werden. Gleichermaßen gilt auch für die Leistungen und Übergänge bezogen auf Migranten/Ausländer und Geschlecht sowie für die Wirkung der eingeführten Betriebspflichten. Relative Angaben konnten lediglich für den Übergang der BF I in die BF II gemacht werden; Schätzungsweise 40% der Jugendlichen aus der BF I schaffen den Sprung in die BF II, wovon der größte Teil dort einen Abschluss und damit die



mittlere Reife erreicht. Von den restlichen 60%, die nicht in die BF II übergehen, verlässt knapp ein Drittel der Schüler/-innen die BF I mit lediglich einem Abgangszeugnis. Diese Jugendlichen münden dann meist in EQJ-Maßnahmen. Nach der Intention der konsekutiven Struktur der Berufsfachschulen in Rheinland-Pfalz sind die 60%, welche nach der BF I abgehen allerdings nicht als Abbrüche oder als eine Scheiternsquote zu verstehen. Es sollen nur diejenigen in die BF II übergehen, welche die Möglichkeiten und die Motivation haben, die mittlere Reife zu erwerben. Mit dem Abschluss der BF I soll eine berufsfeldbreite Grundbildung erworben worden sein, die den Übergang in Ausbildung ermöglicht.

Schullaufbahnberatung und individuelle Förderung der Jugendlichen ist zwar in erster Linie positiv zu beurteilen, jedoch trägt die Diagnostik ebenfalls oft ebenfalls zur Demotivation der Jugendlichen bei, wenn ihnen schon nach den ersten drei Monaten signalisiert wird, dass ein Übergang in die BF II aussichtslos erscheint. Durch die Auflösung der zweijährigen Berufsfachschule hat sich die hohe Abbrecherquote von Vormals fast 50% etwas reduziert. Zwar gehen in die BF II nur 40% der Schülerinnen und Schüler aus der BF I über, jedoch verlassen nur noch ca. 20% der Jugendlichen die BF I ohne Abschlusszeugnis.

Durch das Splitting der zweijährigen BFS in zwei einjährige Bildungsgänge erhalten also auch die schwächeren Schüler die Chance auf eine berufliche Grundbildung, während die strengen Zugangsvoraussetzungen zur BFII den nachträglichen Erwerb der mittleren Reife in relativ homogenen Klassenzusammensetzungen ermöglichen. Der Nachteil an dieser Regelung besteht in der frühen Demotivation derjenigen Jugendlichen, die den mittleren Bildungsabschluss anstreben, denen aber auf Grund von mangelnden Leistungen der Zugang zur BF II verwehrt bleibt.

Der berufsübergreifende Unterricht ist in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren in Lernbausteine gegliedert. Die Lernbausteine mit jeweils identischen Curricula werden in allen beruflichen Schulen angeboten. Variabel ist dabei die Zeit, in der sie absolviert werden. So steht den meist schwächeren Schülern in der BF I und BF II für den

gleichen Stoff mehr Zeit zur Verfügung als beispielsweise in der Teilzeitberufsschule. Die Lernbausteine können einzeln zertifiziert werden und führen in der Summe zur mittleren Reife, der Fachhochschulreife und der Hochschulreife. Die allgemein bildenden Fächer sind im beruflichen Bildungssystem in Rheinland-Pfalz damit ab dem Hauptschulniveau vollständig modularisiert. Durch die Modularisierung der allgemein bildenden Inhalte sollten Jugendliche leichteren Zugang zum nachträglichen Erwerb von Bildungsabschlüssen haben. Aufgrund fehlender Daten ist es an dieser Stelle leider kaum möglich das Ländermodell auf seine Übergangschancen hin einzuschätzen.

8.5 Fazit

Vergleicht man die Berufsfachschulmodelle der hier dargestellten Bundesländer so fällt auf, dass jedes Bundesland Berufsfachschulmodelle zur Aufnahme der Hauptschulabgängerinnen und -abgänger eingerichtet haben, die ohne Ausbildungsplatz verblieben sind. Jugendliche mit Hauptschulabschluss sind somit mit die bedeutendste Gruppe innerhalb der Gesamtheit der Schülerinnen und Schüler im Übergangssystem.

Die berufsbildenden Schulen reagieren darauf mit einer Abgangsselektion, die in fast allen untersuchten Bundesländern (Ausnahme Baden-Württemberg) dazu führt, die Gruppen der Hauptschulabgängerinnen und -abgänger aufzuteilen in solche, die an die mittlere Reife herangeführt werden können und solche, die lediglich eine berufliche Grundbildung vermittelt bekommen. Maßgeblich hierbei sind in der Regel die Notendurchschnitte in den Abgangszeugnissen (qualifizierter Hauptschulabschluss).

Somit verfügen die meisten der verglichenen Bundesländer über ein Berufsfachschulmodell, dass große Ähnlichkeiten mit dem hessischen BGJ aufweist, da sie Hauptschulabgäger aufnehmen und eine einjährige Ausbildung umfassen, die zu keinem berufsbildenden Abschluss führen. Die meisten dieser Modelle ermöglichen einen weiterführenden schulischen Anschluss und/oder den Erwerb der mittleren Reife (auch hier stellt Baden-Württemberg die Ausnahme dar). In den untersuchten Bundesländern wurde auf einen Anrechungszwang für die Betriebe verzichtet, in



Baden-Württemberg erhalten die Schülerinnen und Schüler in der einjährigen Berufsfachschule in der Regel einen Vorvertrag, der von Beginn der vollschulischen Ausbildung an einen Bezug zu einem Ausbildungsbetrieb sichert. Rheinland-Pfalz strukturiert die Berufsfachschule konsekutiv, sodass theoretisch alle Hauptschulabgänger zur mittleren Reife geführt werden können, allerdings sind die Abgangsquoten nach dem ersten Berufsfachschuljahr hoch. Interessant ist bei diesem Modell, dass hier begonnen wird, modulare Strukturen im schulischen Übergangssystem einzuführen. So können Unterrichtsinhalte in den verschiedenen Schulformen des Übergangssystems aufeinander aufbauen.

Obwohl für den Verbleib der Jugendlichen nach der Berufsfachschule in den verglichenen Bundesländern keine Zahlen zur Verfügung stehen, äußern die jeweiligen Experten häufig, dass das Übergangsproblem mit strukturellen Anpassungen alleine nicht gelöst werden kann.

Damit besteht in allen untersuchten Bundesländern die Gefahr, dass die Jugendlichen von einer Schulform in die nächste übergehen anstatt in Ausbildung überzugehen. Grundsätzlich ist es nicht möglich, strukturelle Verbesserungen bezüglich der Übergänge in Ausbildung alleine durch eine bestimmte organisatorische Gestaltung und Abstimmung der Schulformen im Übergangssystem zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich aus dem Vergleich die Notwendigkeit, auf ein schulisches Übergangssystem hinzuarbeiten, dass allen Schülergruppen zumindest einen schulischen Anschluss und die Möglichkeit des Erwerbs eines höherwertigen allgemein bildenden Abschlusses ermöglicht.

Bezogen auf das BGJ in Hessen stellt sich die Frage, inwieweit die hier dargestellten Modelle eine Reformoption darstellen könnten. Drei denkbare Reformoptionen zeichnen sich hierbei ab:

a) Auflösung des BGJ und Eingliederung in die zweijährige Berufsfachschule

Die Auflösung des BGJ und die Überführung der Schülergruppe in die zweijährige Berufsfachschule würde keine großen organisatorischen und konzeptionelle Herausforderungen mit sich bringen und hätte den Vorteil, so allen Hauptschulabgängern den Erwerb der mittleren Reife zu ermöglichen. Allerdings hätte diese Lösung zur Folge, dass sich die Schülerschaft in Bezug auf die Vorbildung heterogener gestalten würde, als es jetzt in der zweijährigen Berufsfachschule der Fall ist. Zu befürchten ist bei dieser Lösung, dass die Quote derer, die bei dem Übergang in das zweite Jahr der Berufsfachschule scheitern noch höher sein wird, als sie jetzt schon ist.

b) Schaffung einer Einjährige Berufsfachschule mit Vorvertrag (Modell Baden-Württemberg)

Das Modell der einjährigen Berufsfachschule in Baden-Württemberg ermöglicht eine hohe Zahl von Übergängen in die duale Ausbildung, da Vorverträge mit den Ausbildungsbetrieben geschlossen werden. Die einjährige Berufsfachschule deckt das gesamte erste Ausbildungsjahr ab. Da in Hessen der Widerstand seitens der Ausbildungsbetriebe gegenüber vollschulisch vermittelten Bildungsinhalten groß ist und das BGJ als erstes Ausbildungsjahr kaum anerkannt wird (vgl. Rützel/Münk/Schmidt 2008, S. 48ff.), steht zu befürchten, dass eine einjährige Berufsfachschule nach baden-württemberger Modell in Hessen nur auf sehr wenige Ausbildungsbetriebe treffen würde, die bereit wären verpflichtende Vorverträge einzugehen. Darüber hinaus löst dieses Modell nicht die Frage, was mit jenen Hauptschülerinnen und Hauptschülern geschehen soll, die keinen Vorvertrag abschließen konnten. Sie müssten dann in die hessischen Nachfolgeformen des BVJ übergehen.



c) Schaffung einer konsekutiven Berufsfachschule (Modell Rheinland-Pfalz)

Das Modell in Rheinland Pfalz hat den Vorteil, dass es theoretisch allen Hauptschulabgängerinnen und –abgängern ohne Ausbildungsplatz die Möglichkeit des Erwerbs einer beruflichen Grundbildung und der mittleren Reife eröffnet. Allerdings sind die Abgangsquoten nach dem ersten Berufsfachschuljahr hoch und die sich damit eröffnenden Verbleibschancen wohl auch nicht besser als im BGJ in Hessen.

Es zeigt sich, dass keines der diskutierten Modelle die prekäre Situation der Jugendlichen, die von der Hauptschule kommen und keinen Ausbildungsplatz finden nachhaltig verbessern kann. Alleine über die Gestaltung der Struktur der Schulformen an den beruflichen Schulen, die dem Übergangssystem zuzuordnen sind, ist das Problem der Übergänge nicht zu lösen. Es gilt vielmehr, in Überlegungen zu Alternativen die Ausbildungsbetriebe mit einzubeziehen und die Ziele von Berufsvorbereitung zu formulieren.

9 Verbesserungsvorschläge und Desiderate

Die summative Evaluation des Evaluationsprojektes BGJ kam zu dem Ergebnis, dass die zweijährige Berufsfachschule in Hessen nur dann eine Reformoption für das BGJ darstellt, wenn wahrscheinlich ist, dass durch eine solche organisatorische Umgestaltung die strukturelle Schwächen des BGJ überwunden werden können. Zu diesen Schwächen zählen zum einen die geringen Übergänge sowohl in verkürzte als auch in unverkürzte Ausbildung und zum anderen das Fehlen der Möglichkeit einen höherwertigen allgemein bildenden Abschluss absolvieren zu können. Darüber hinaus weist das BGJ strukturelle Unterschiede entlang der unterschiedlichen Berufsfelder auf. Verankert in Bezug auf die Übergänge ist das BGJ lediglich im Handwerk und dort vor allem in Betrieben, die dem Berufsfeld Holztechnik zuzurechnen sind.

Die in der Evaluation der zweijährigen Berufsfachschule zum Einsatz gekommenen Instrumente, also die Expertengespräche, die quantitative Schulleiterbefragung und der

Vergleich der Berufsfachschulmodelle von Hessen, Hamburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz führten alle zu dem Ergebnis, dass die zweijährige Berufsfachschule als mögliche strukturelle Reformoption für das BGJ in Hessen keine deutlichen Verbesserungen erwarten lässt. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die zweijährige Berufsfachschule ähnliche strukturelle Probleme wie das BGJ aufweist.

Beide Schulformen ermöglichen lediglich in sehr geringer Zahl Übergänge in Ausbildung. Dies gilt vor allem für Übergänge in ein verkürzte Ausbildung, aber auch für die Übergänge in Ausbildung ohne Verkürzung. Die Betriebsbefragung zeigte, dass in allen Betrieben der Anteil der Abgänger der zweijährigen Berufsfachschule an den Azubis insgesamt sehr gering war. Zum Teil wurde die Meinung geäußert, dass die Abgänger der zweijährigen Berufsfachschule, obwohl sie die mittlere Reife besitzen, nicht so leistungsfähig seien, wie Realschulabgänger. Eine starke Verankerung der zweijährigen Berufsfachschule in bestimmten Berufen oder Berufsfeldern konnte nicht festgestellt werden. Der Vorteil der zweijährigen Berufsfachschule gegenüber dem BGJ liegt in der Möglichkeit, einen höherwertigen allgemein bildenden Abschluss zu erwerben. Allerdings scheitern viele Schülerinnen und Schüler in dieser Schulform bereits nach dem ersten Jahr.

Der Vergleich der Berufsfachschulmodelle in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Baden Württemberg zeigte, dass in all diesen Bundesländern viele Hauptschulabgänger nicht direkt in die berufliche Ausbildung übergehen und auf dieses Problem mit der Schaffung oder Anpassung spezieller Berufsfachschulmodellen regiert wird. Auffällig ist hierbei, dass oft versucht wird, die unversorgten Hauptschulabgänger in zwei Leistungsgruppen aufzuteilen. Die besseren Abgänger mit definierten Notendurchschnitten (qualifizierter Hauptschulabschluss) gehen in Schulformen über, die den Erwerb des Realschulabschlusses ermöglichen, während den schwächeren Hauptschulabgängerinnen und Abgängern Schulformen zugeschlagen sind, die sich auf die Vermittlung einer berufsfeldbreiten Grundbildung beschränken.



Es wird deutlich, dass durch solche Umgestaltungen des schulischen Übergangssystems alleine das Problem der fehlenden betrieblichen Anschlüsse nicht gelöst werden kann.

Die Probleme, welche gerade jene Schulformen bei der Ermöglichung eines Übergangs in Ausbildung haben, die von Hauptschülerinnen und Hauptschülern besucht werden verweisen zum einen auf Probleme in der Sekundarstufe I. Zum anderen verdeutlichen sie aber auch die Prekarität des gesamten Ausbildungswegs von der Hauptschule über das Berufsbildungssystem in Erwerbsarbeit. An allen Übergangspunkten dieses Wegs treffen die Jugendlichen auf Einschränkungen, die sich (qualifikationsbedingt) vor allem in sehr eingeschränkten Berufswahlmöglichkeiten schon im Übergangssystem und einem geringen Ausbildungsplatzangebot für Jugendliche mit Hauptschulabschluss ausdrückt.

9.1 Systemimmanente Reformansätze

Die Evaluation der zweijährigen Berufsfachschule kommt nicht nur zu dem Ergebnis, dass diese Schulform ähnliche strukturelle Probleme wie das BGJ aufweist und eine Umgestaltung des BGJ in eine Berufsfachschule wohl kaum bessere Übergänge in Ausbildung nach sich zieht. Sie ermöglicht auch, strukturelle Minimalanforderungen an eine Schulform zu formulieren, die jene Hauptschulabgängerinnen und -abgänger aufnehmen soll, welche ohne Ausbildungsplatz verblieben sind.

Zum einen sollte eine solche Schulform durch verpflichtende Praktika den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, mit Betrieben in Kontakt zu kommen, konkrete Fertigkeiten und Kenntnisse zu erwerben und sich beweisen zu können. Dies ist sowohl im BGJ als auch in der zweijährigen Berufsfachschule in Hessen der Fall. Außerdem können Praktika die Motivation der Schülerinnen und Schüler positiv beeinflussen und mehr Interesse für die entsprechenden Fachtheorie wecken (vgl. Rützel 2003, S. 29). Darüber hinaus sollte eine solche Schulform die Möglichkeit bieten, einen höherwertigen allgemein bildenden Abschluss zu erwerben. Hier liegt ein Problem in der Konzeption des BGJ in Hessen, das diese Möglichkeit nicht vorsieht.

Eine systemimmanente Lösung läge hier in dem Modell Rheinland-Pfalz, welches in der Berufsfachschule zunächst ein Jahr anbietet, welches eine berufsfeldbreite Grundbildung vermittelt um anschließend in einem zweiten Jahr auf den Erwerb der mittleren Reife vorzubereiten. Allerdings gelingt es in diesem Modell vielen Schülerinnen und Schülern nicht, den Sprung in das zweite Jahr zu meistern.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das BGJ in den Berufsfeldern, in denen Ausbildungsbetriebe Abgänger übernehmen (also im Handwerk und hier vor allem im Berufsfeld Holztechnik), weiterzuführen und die Möglichkeit zu eröffnen, nach dem BGJ in das zweite Jahr der Berufsfachschule überzugehen. In den anderen Berufsfeldern müsste die zweijährige Berufsfachschule die jetzige Schülerschaft des BGJ aufnehmen. Bei der Abgangsselektion ist dabei entscheidend, dass allen betroffenen Schülergruppen (Hauptschulabgänger/innen, Realschulabgänger/innen, Abgänger/innen ohne Schulabschluss) eine Schulform offen steht, die den Erwerb eines höherwertigen allgemein bildenden Abschlusses ermöglicht.

Bei einer Lösung, die das BGJ in Hessen weiterführt oder mit der zweijährigen Berufsfachschule verkoppelt, müsste eine verstärkte Ausrichtung auf regionale und fachliche Bedürfnisse der ausbildenden Betriebe realisiert werden. In diesem Zusammenhang müsste das BGJ eher an Ausbildungsberufen als an einer berufsfeldbreiten Ausbildung orientiert werden. Die Anrechnungsverordnung müsste so ausgestaltet werden, dass eine Anrechnung zwar möglich aber nicht verpflichtend ist. Die im Berufsbildungsgesetz vorgesehene Möglichkeit des Einsatzes von Qualifizierungsbausteinen würde es in den berufsvorbereitenden Bildungsgängen in enger Kooperation mit der Wirtschaft ermöglichen, in BGJ und zweijähriger Berufsfachschule erworbene Kenntnisse zu zertifizieren und gegebenenfalls auf eine Ausbildung anzurechnen (vgl. Seyfried, 2003). So könnten auch fachübergreifende Qualifizierungsbausteine zur Ausbildungsfähigkeit entwickelt werden. Auch die Anerkennung nicht regulär zertifizierter Lernergebnisse wäre über den Einsatz von Qualifizierungsbausteine möglich.



In den beruflichen Schulen selbst sollte im Übergangssystem über adressatenorientierte Fördekonzepte erreicht werden, eine individuelle Förderung der Jugendlichen zu ermöglichen. Teil der individuellen Förderung müsste eine sozialpädagogische Betreuung und gegebenenfalls eine individuelle Sprachförderung darstellen.

Betrachtet man sich die Entwicklung im gesamten Berufsbildungssystem, so muss konstatiert werden, dass deutschlandweit ein verfestigtes Übergangssystem von Schulformen existiert, die alle der beruflichen Ausbildung vorgelagert sind und in denen versucht wird, Defizite von Schülerinnen und Schülern auszugleichen und den Übergang in Ausbildung zu ermöglichen. Das Kernproblem der Schulformen im Übergangssystem liegt in allen Bundesländern in den niedrigen Übergangsquoten in eine reguläre Ausbildung. Um diesem Problem zu begegnen muss der Blick über die Vor- und Nachteile einzelner Schulformen hinausgehen und das gesamte System der beruflichen Bildung einbeziehen. So konnten z. B. auch die strukturellen Probleme des BGJ nicht durch eine nur diese Schulform betreffende Änderung der Verordnung effektiv behoben werden (vgl. Rützel /Münk/Schmidt 2008).

Sollen Reformansätze über die ausgeführten systemimmanenten Ansätze hinausgehen, müssen sie diesen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Meint man es ernst mit dem Ziel, die Integration der betroffenen Jugendlichen in Arbeit zu verbessern, braucht es die Bereitschaft, sowohl was die Zielkategorien als auch was den Aufbau der Schulformen des Übergangssystems betrifft, neue Wege zu gehen.

9.2 Erweiterte Zielkategorie

Die zentrale Größe, mit der bei der Beurteilung das Übergangssystem argumentiert wird, sind die Übergänge in eine duale oder vollschulische Ausbildung. Daher sind die pädagogischen Ansätze in den Schulformen des Übergangssystems immer daran orientiert, die Defizite, die Jugendliche in Bezug auf die Ausbildungsfähigkeit haben, abzubauen.

Gleichzeitig ist das Angebot an dualen und vollschulischen Ausbildungsplätzen seit Jahren zu gering, um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Selbst wenn

also im Übergangssystem alle Defizite in Bezug auf die Ausbildungsfähigkeit ausgeglichen werden könnten, bestehen immer noch die strukturelle Schieflage zwischen Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage. Darüber hinaus findet man vor allem im Dienstleistungssektor Tätigkeitsfelder vor, die nicht über die klassischen Ausbildungswege (duale oder vollschulische Ausbildung) abgedeckt werden, in denen nichtsdestotrotz Beschäftigungschancen liegen. Vor diesem Hintergrund sollte im Übergangssystem die Zielkategorie nicht alleine über die Befähigung zur Ausbildung definiert, sondern erweitert werden zu einer generellen Beschäftigungsfähigkeit. Eine solche Beschäftigungsfähigkeit soll nicht lediglich jene Kompetenzen umfassen, die nötig sind um in Tätigkeiten unterhalb der Facharbeit bestehen zu können. Sie soll vor allem jene überfachlichen persönlichen und sozialen Kompetenzen vermitteln ,die es ermöglichen, selbstgesteuert die eigene Erwerbsbiographie zu gestalten und in der Lage zu sein, lebenslang neue Qualifikationen zu erwerben und sich ändernden Arbeitsmarktbedingungen anzupassen. Angesichts der abnehmenden Integrationskraft des dualen Systems muss Integration in Arbeit auch ohne das Nadelöhr der abgeschlossenen Berufsausbildung ermöglicht werden.

9.3 Struktur des Übergangssystems

Bisher sind die Schulformen im Übergangssystem in sich geschlossene Bildungsgänge, die nach einem oder zwei Jahren meist keinen berufsbildenden Abschluss vermitteln, dafür aber anstreben, eine berufsfeldbreite Grundbildung zu vermitteln, die allerdings von den Ausbildungsbetrieben in der Regel nicht anerkannt wird. Dies kann zum einen für die Jugendlichen demotivierend wirken und den Warteschleifencharakter der Schulformen stärken. Zum anderen ist die berufsfeldbreite Ausbildung oft kaum zu realisieren, da Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss wenige Berufe offen stehen. In Folge dessen orientieren sich die Schulformen im Übergangssystem oft an diesen wenigen Einzelberufen. Darüber hinaus können Ausbildungsbetriebe mit der Berufsfeldbreite der schulischen Ausbildung nicht viel anfangen, da sie ja Einzelberufe ausbilden.



Eine konsequente Modularisierung des Übergangsbereichs hätte in diesem Zusammenhang den Vorteil, dass berufliche Qualifikationen an den beruflichen Schulen in Kooperation mit Ausbildungsbetrieben vermittelt und zertifiziert werden könnten. So könnten Jugendliche im Übergangssystem neu motiviert werden. Für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler, die kaum an das Niveau einer Ausbildung herangeführt werden können, bedeutet die unterschwellige Zertifizierung mit dem Nachweis über erworbene Qualifikationen auf den Arbeitsmarkt treten zu können. Ausbildungsbetriebe hätten die Chance, Bereiche der Ausbildung, die sie nur schwer abdecken können an die beruflichen Schulen zu übergeben und zwar in kooperativ entwickelten Modulen.

Zurzeit ist noch unklar, inwieweit die Ausbildungsbauusteine, die laut Berufsbildungsgesetz möglich sind, in der Berufsvorbereitung eingesetzt werden und ob die Ausbildungsbetriebe diese anerkennen werden. Um die Möglichkeiten modularer Strukturen in der Berufsvorbereitung in Hessen zu ermitteln, bedürfte es eines Feldversuches mit begrenzter Reichweite. In einem Netzwerk von ca. fünf bis zehn Schulen und fünf bis zehn Betrieben könnten die Möglichkeiten einer Flexibilisierung des Übergangssystems durch modulare zertifizierte Angebote erprobt werden. Im Aufbau eines solchen Netzwerkes könnte auch ein Querbezug zum Projekt Olof hergestellt werden. Der Fokus läge bei einem solchen Projekt weder auf der schulischen noch auf der betrieblichen Seite, sondern integrativ darin, zu ermitteln, welche Inhalte der Berufsvorbereitung modular vermittelt werden und diese Module in Betrieben und Berufsschulen realisiert werden können. Es besteht hier die Chance, in den Betrieben zu erfassen, welche Qualifikationsanforderungen in den Betrieben bestehen und wie diese in Ausbildungsbauusteine übersetzt werden könnten. Anschließend wären diese Bausteine an den entsprechenden Institutionen zu implementieren (also an den beruflichen Schulen, an den Betrieben oder dual). Es könnte konkret evaluiert werden, welche Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche jenseits der dualen oder vollschulischen Ausbildung auf der Grundlage von modular vermittelten und zertifizierten Kompetenzen bestehen. Darüber hinaus wäre

festzustellen, welche Möglichkeiten der Anrechung von Ausbildungsbausteinen auf eine reguläre Ausbildung bestehen.

10 Ausblick

Die biographische Statuspassage aus dem Bildungssystem in die Erwerbstätigkeit ist vor allem für Jugendliche mit niedrigen allgemeinbildenden Abschlüssen seit dem Übergang von der Industrie- in die Wissensgesellschaft immer schwieriger geworden. Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge von Globalisierung und Tertiarisierung haben für gering Qualifizierte das Angebot an Arbeitsplätzen zurückgehen lassen (vgl. Reinberg 2003). Dadurch wachsen die Anforderungen an Jugendliche, die eigene Biographie zu steuern und mit möglichen Brüchen im Lebenslauf umgehen zu können. Die beruflichen Schulen mit dem Angebot an vollzeitschulischen Angeboten leisten bei der pädagogischen Bewältigung dieser Anforderungen einen großen Beitrag. Nicht zuletzt durch den nationalen Bildungsbericht wurde dem Übergangssystem in der öffentlichen und Fachdiskussion mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Bei den beiden Evaluationsprojekten zum Berufsgrundbildungsjahr und zur zweijährigen Berufsfachschule konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Evaluationsprojektes beobachten, dass nach anfänglicher Skepsis von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulleiterinnen und Schulleitern viele produktive Vorschläge zu einer möglichen Reform des Übergangsbereiches gemacht wurden. Auch wurde deutlich, dass viele Berufliche Schulen bereits jetzt in diesen Bereich viel Energie und Gestaltungswillen investieren.

Im Anschluss an die Ergebnisse der Evaluation steht nun die Hoffnung, dass von bildungspolitischer Seite der Wille besteht in diesem Bereich Reformen anzugehen. Zum Teil wird in diesem Zusammenhang geäußert, dass aufgrund der sich ändernden Schülerzahlen im Zuge des demographischen Wandels der Problemdruck im Übergangsbereich nachlassen könnte. Dies ist aufgrund der Angebotsstruktur von Arbeitplätzen nicht zu erwarten. Seit Jahren ist zu beobachten, dass das Angebot an



qualifizierten Arbeitsplätzen steigt und Arbeitplätze mit niedrigen Qualifizierungsanforderungen zurückgehen. Diese Entwicklung wird sich laut Prognosen in der Zukunft fortsetzen (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 201). Trifft diese Entwicklung nun auf geringere Schülerzahlen bei den Abgangsjahrgängen der allgemein bildenden Schulen und der beruflichen Ausbildung, ist zu erwarten, dass der Bedarf an qualifizierten Abgängern nicht gedeckt werden kann. Die neuen Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen können nicht von weniger qualifizierte Abgängern besetzt werden. Die Folge könnte ein Mangel an qualifizierter Arbeitskraft bei gleichzeitiger Ausgrenzung der weniger Qualifizierten sein.

Daraus erwächst die Anforderung an beruflichen Schulen zum einen fähigen Schülerinnen und Schülern den Durchstieg zu höheren Allgemeinbildenden Schulabschlüssen zu ermöglichen. Schon jetzt kommen 42% der Studienanfänger an Fachhochschulen aus Fachoberschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen oder Fachakademien (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 176). Auf der anderen Seite muss das Berufsbildungssystem ermöglichen, Jugendliche für Arbeit und Ausbildung zu qualifizieren und so die Arbeitsmarktchancen jener Jugendlicher zu erhöhen, die ohne institutionalisierte Hilfe kaum eine Chance haben, die Statuspassage in Erwerbstätigkeit zu meistern.

Ein flexibles, offenes Berufsbildungssystem muss für die besonderen Voraussetzungen, Bedürfnisse und Problemlagen von Jugendlichen mit ganz unterschiedlichen Vorbildungsniveaus, sozioökonomischen Rahmenbedingungen und persönlichen Problemlagen Eingangspunkte bieten und individuelle Förderung ermöglichen. Darüber hinaus muss es flexible Ausgangspunkte in Ausbildung, Hochschulbildung und Arbeit bieten. Es bleibt zu hoffen, dass die Evaluationsprojekte zum BGJ und zur zweijährigen Berufsfachschule über die Formulierung von Partialstrategien für einzelne Schulformen hinausgehend die Notwendigkeit grundlegender struktureller Reformen aufzeigen und hierfür Akzeptanz bei allen beteiligten Interessengruppen schaffen konnten.

11 Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008: Ein indikatoren gestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen in Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld

Baden-Württemberg, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Abteilung Berufliche Schulen (Hrsg.) (2003): Berufliche Schulen in Baden-Württemberg. Link: <http://lehrerfortbildung-bw.de/bs/nachrichten/de0303ari.pdf>.

Baden-Württemberg, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Abteilung Berufliche Schulen (Hrsg.) (ohne Jahr): Berufliche Schulen. Link: http://www.schule-bw.de/schularten/berufliche_schulen/vollzeitschulen/berufsfachschule/berufsfachschule.pdf.

Behörde für Bildung und Sport (Hrsg.) (2007): Berufliche Bildungswege 2008. Hamburg

Bundesministerium der Justiz (2005): Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung - Berufsbildungsreformgesetz. In: Bundesgesetzblatt, 2005, Teil I Nr. 20, S. 931-968.

Hessische Staatskanzlei (2006): Hessische Verordnung über die Anrechnung des Besuchs eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres und einer Berufsfachschule auf die Ausbildungszeit in Ausbildungsberufen. In: Gesetz- und Verordnungsblatt I, S. 422-427.

Hessisches Kultusministerium (1978): Verordnung über die Ausbildung an den einjährigen Berufsfachschulen, die auf einem mittleren Bildungsabschluss aufbauen. Vom 18. September 1978. In: Amtsblatt, 10/1978, S. 778-783.

Hessisches Kultusministerium (2005): Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung an den zweijährigen höheren Berufsfachschulen (Assistentenberufe) vom 17. Februar 2000, zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Dezember 2005. In: Amtsblatt, 1/06, S. 6-57.

Hessisches Kultusministerium (2006): Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung an zweijährigen Berufsfachschulen vom 17. Februar 2000, zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Februar 2006. In: Amtsblatt, 3/06, S. 179-205.

Justizbehörde der Freien Hansestadt Hamburg (2000a): Ausbildungs- und Prüfungsordnung für berufliche Schulen. – Allgemeiner Teil – (APO-AT) vom 25. Juli 2000. In: HmbGVBl. 2000, S. 183-251.

Justizbehörde der Freien Hansestadt Hamburg (2000b): Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Berufsfachschule Handel und Industrie (APO-HUI) vom 19. Dezember 2000. In: HmbGVBl. 2000, S. 418-419.

Justizbehörde der Freien Hansestadt Hamburg (2006): Ausbildungs- und Prüfungsordnung der teilqualifizierenden Berufsfachschule (APO BFS-tq) vom 20. April 2006. In: HmbGVBl. 2006, S. 189-191.

Konferenz der Kultusminister der Länder der BRD (Hrsg.): Sammlung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der BRD, Nr. 401. Neuwied.



- Lex, T. et. al. (2006): Schule – und dann? Schwierige Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung. Link: www.dji.de/bibs/276_6072_Schuleunddann_2006.pdf.
- Reinberg, A. (2003): Steigende Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft bei stagnierenden Bildungsanstrengungen. In: Berufsbildung für eine globale Gesellschaft. 4. BIBB-Fachkongress 2002 (CD-ROM Tagungsdokumentation). Bonn.
- Rützel, J. (2003): Das Praktikum. Eine Brücke zur Selbstständigkeit. In: Berufsbildung, Zeitschrift für Praxis und Theorie in Betrieb und Schule, Heft 82, S. 29-34.
- Rützel, J. /Münk, D. /Schmidt, C. (2008): Modellprojekt „Evaluation des vollschulischen Berufsgrundbildungsjahres in Hessen“, 3. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Wiesbaden.
- Seyfried, B. (2003): Berufsausbildungsvorbereitung und Qualifizierungsbausteine. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis. Sonderausgabe, S. 21-23.

Anhang I

Fragebogen der Schulleiterbefragung



Fragebogen Schulleiter

Wieviele Klassen der zweijährigen Berufsfachschule haben Sie an Ihrer Schule ?

__ Klassen

Wie hoch ist der Anteil junger Frauen in den Klassen der zweijährigen Berufsfachschule?

__ %

Wie hat sich die soziale Zusammensetzung der zweijährige Berufsfachschule in den letzten 10 Jahren verändert?

- | | |
|----------------------|-----|
| Ungünstiger geworden | () |
| Günstiger geworden | () |
| Gleich geblieben | () |

Wie hoch ist der Anteil von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den Klassen der zweijährigen Berufsfachschule?

(ungefähre Einschätzung)

__ %

Ist das Leistungsniveau in der zweijährigen Berufsfachschule höher als im Berufsgrundbildungsjahr?

- | | |
|---|-----|
| Ja | () |
| Nein | () |
| Das Leistungsniveau ist ähnlich | () |
| Wir haben an unserer Schule nicht den Vergleich mit dem Berufsgrundbildungsjahr | () |

Wie hat sich die zweijährige Berufsfachschule im Leistungsniveau in den letzten 10 Jahren verändert?

- | | |
|-----------------------|-----|
| Verbessert | () |
| Verschlechtert | () |
| Unverändert geblieben | () |

Wie haben sich die Übergänge in Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz der Absolventinnen und Absolventen der zweijährigen Berufsfachschule in den letzten 10 Jahren verändert?

- | | |
|-----------------------|-----|
| Verbessert | () |
| Verschlechtert | () |
| Unverändert geblieben | () |

Wieviel Prozent der Schülerinnen und Schüler schließen in der Regel die zweijährige Berufsfachschule erfolgreich ab? (ungefähre Einschätzung)

__ %

Wieviel Prozent der Schülerinnen und Schüler brechen in der Regel die zweijährige Berufsfachschule nach dem ersten Schuljahr ab? (ungefähre Einschätzung)

__ %

Wieviel Prozent der Schülerinnen und Schüler werden nicht in das zweite Schuljahr der zweijährigen Berufsfachschule versetzt? (ungefährer Durchschnittswert)

__ %

Wieviel Prozent der Schülerinnen und Schüler der zweijährige Berufsfachschule gehen in der Regel in eine verkürzte Ausbildung nach BBiG und Anrechnungsverordnung über? (ungefähre Einschätzung)

__ %

Wieviel Prozent der Schülerinnen und Schüler der zweijährige Berufsfachschule gehen in eine nicht verkürzte Ausbildung über? (ungefähre Einschätzung)

__ %

Wieviel Prozent der Schülerinnen und Schüler der zweijährige Berufsfachschule gehen in der Regel in eine Assistentenausbildung, die Fachoberschule oder das Berufl. Gymnasium über? (ungefähre Einschätzung)

__ %

In wie vielen Klassen der Berufsfachschulen an Ihrer Schule wird ein außerschulisches Praktikum angeboten?

In allen ()

In keiner ()

In __ % der Klassen

Werden die außerschulischen Praktika in Betrieben durchgeführt, die den Berufsfeldern entsprechen?

Überwiegend berufsfeldspezifisch ()

Überwiegend berufsfeldunabhängig ()



Könnte das Rheinland-Pfälzer Modell der Berufsfachschule (erstes Jahr berufliche Grundbildung, zweites Jahr Allgemeinbildung) eine Reformoption für die zweijährige Berufsfachschule in Hessen sein?

- | | |
|---------------------------|-----|
| Ja | () |
| Nein | () |
| Kann ich nicht beurteilen | () |

Könnten durch höhere Personalsressourcen die Qualität in der zweijährigen Berufsfachschule verbessert werden?

- | | |
|------|-----|
| Ja | () |
| Nein | () |

Welche Chancen bietet die zweijährige Berufsfachschule den Schülerinnen und Schülern?

Welches sind die größten Probleme im Zusammenhang mit der zweijährigen Berufsfachschule?

Wo liegen die zentralen Unterschiede zwischen dem BGJ und der zweijährigen Berufsfachschule? (vier Aspekte)

Gibt es "Konstruktionsprobleme" in der zweijährigen BFS (formale Barrieren für Übergänge/Erfolg?)

Was brauchen Sie als Schulleiter, um die Qualität und den Erfolg in der zweijährigen Berufsfachschule zu erhöhen?

Vielen Dank für Ihre freundliche Kooperationsbereitschaft und
viele Grüße vom Forschungsteam der Technischen Universität Darmstadt.

Anhang II

Auswertung der Betriebsbefragung



Frage	Betrieb 1 (IHK)	Betrieb 2 (IHK)
Welche drei Stichworte fallen Ihnen spontan zum Stickwort Berufsfachschule ein?	Betrieb hat Bewerber aus der zweijährigen BFS, Anrechnungsverordnung, Entstehung von Problemen durch diese Verordnung	Ersatz für schwache Realschüler, für berufsbezogene Leute ein guter Weg.
Wie hoch ist in Ihrem Betrieb der Anteil der Absolventen der zweijährigen Berufsfachschule an den Azubis?	Im Moment 15 Auszubildende; Fachkraft für Lebensmitteltechnik, Industriemechaniker und Elektroniker. Pro Jahr und Berufsbild werden zwei Azubis eingestellt. Die Fachkräfte werden für den Betrieb, nicht für den Arbeitsmarkt ausgebildet. „Kleine aber feine Ausbildung“. Praxisnähe spielt eine große Bedeutung für die Ausbildung. Der Betrieb hatte bereits Schülerinnen und Schüler aus der BFS. Die Ausbildung soll nach Plan in 3,5 Jahren durchgeführt werden. Sowohl im aktuellen, als auch im kommenden Jahr stammt ein Schüler aus der BFS.	5-10%
Erkennen Sie die zweijährige Berufsfachschule als erstes Ausbildungsjahr an?	Nein	Nein (umgehen VO), man kann aber ein halbes Jahr früher auslernen
Welche Maßnahmen sind nötig, damit die zweijährige Berufsfachschule von der Wirtschaft angerechnet und akzeptiert wird?	Es bestehen schon ab dem ersten Lehrjahr Kooperationsverträge mit anderen Betrieben, durch die die Jugendlichen trotz berufsfeldbreiter Ausbildung im ersten Jahr sehr viele praktische konkrete Fähigkeiten erwerben. Die BFS kann nicht vermitteln, was hier im ersten Lehrjahr bereits gelernt wird.	systembedingt kann nicht viel getan werden, ein Stück weit Resteschule Problem liegt nicht in den Inhalten, sondern in den Kompetenzen, die die Leute mitbringen
Welcher Reformbedarf besteht in der zweijährigen Berufsfachschule?	Selbst mit mehr praktischen Anteilen ist fraglich, ob eine rein schulische Vorqualifikation ausreichend wäre. Schon Bewerbungsgespräche zeigen, wie weit entfernt die Schule von den Betrieben ist.	Anrechnungsverordnung weg, allgemeine Qualitätssteigerung fachbezogene Inhalte werden im Betrieb vermittelt und nicht anerkannt
An welchen Qualifikationen mangelt es den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule? Liegen die Defizite eher im Bereich der beruflichen Fertigkeiten, der Betriebskompetenz, der Sozialkompetenz oder der Allgemeinbildung?	Praktische Qualifikationen sind das Hauptmanko. Bereits bei Schulpraktika bemerkt man wie weit die Schule von der betrieblichen Ausbildung entfernt ist. An Sozialkompetenzen mangelt es weniger.	Allgemeinbildung defizitär gegenüber Realschüler
Welches sind die entscheidenden Auswahlkriterien seitens Ihres Betriebes bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen?	Bei den Mechanikern und Elektronikern wird ein Realschulabschluss vorausgesetzt. Für die Fachkräfte für Lebensmitteltechnik genügt ein sehr guter Hauptschulabschluss. Allgemeinbildung, Kopfnoten, gute Noten in naturwissenschaftlichen Fächern und Mathematik. Wo diese Kompetenzen erworben wurden ist egal. Auch die Bewerbung (muss nicht überragend sein, aber sauber und korrekt) und Auftreten im Bewerbungsgespräch sind wichtig.	mindestens Realschulabschluss, halbtägiger Einstellungstest, pers. Gespräch
Haben Sie Praktikanten aus der zweijährigen Berufsfachschule? Wenn nein, warum nicht?		gelegentlich
Welche Eindrücke haben Sie von den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule, die Sie im Praktikum hatten?	-	
Existiert für die Praktikanten eine realistische Chance auf Abschluss eines Ausbildungsvertrages? Wenn nein, warum nicht?	Ganz klar! Ein guter Eindruck im Praktikum eröffnet Chancen für eine anschließende Ausbildung. Dieser Effekt ist umso stärker, je näher das Praktikum zeitlich an der Bewerbung liegt.	ja

Frage	Betrieb 3 (IHK)	Betrieb 4 (IHK)
Welche drei Stichworte fallen Ihnen spontan zum Stickwort Berufsfachschule ein?	hatten Azubi aus einj. Berufsfachschule	Anrechnungsverordnung, Migranten, Auffangpool
Wie hoch ist in Ihrem Betrieb der Anteil der Absolventen der zweijährigen Berufsfachschule an den Azubis?	0%	<1%
Erkennen Sie die zweijährige Berufsfachschule als erstes Ausbildungsjahr an?		Frage stellt sich nicht, nehmen eher keine BFS sondern Realschüler
Welche Maßnahmen sind nötig, damit die zweijährige Berufsfachschule von der Wirtschaft angerechnet und akzeptiert wird?		Inhalte der Rahmenlehrpläne sollen vermittelt werden, zertifizierte Prüfung von IHK abgenommen (bundeseinheitlich), Problem mit Zwischenprüfung im zweiten Lehrjahr bei Anrechnung
Welcher Reformbedarf besteht in der zweijährigen Berufsfachschule?		
An welchen Qualifikationen mangelt es den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule? Liegen die Defizite eher im Bereich der beruflichen Fertigkeiten, der Betriebskompetenz, der Sozialkompetenz oder der Allgemeinbildung?		Sprachliche Probleme, besonders schriftliches Deutsch, Textausgaben verstehen, Mathe kein Problem, Sozialkompetenz nicht nachteiliges
Welches sind die entscheidenden Auswahlkriterien seitens Ihres Betriebes bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen?	Abitur o. Fachabitur, Noten, Eignungstest	Abschluss, Einstellungstest, persönliches Gespräch
Haben Sie Praktikanten aus der zweijährigen Berufsfachschule? Wenn nein, warum nicht?	Praktikanten aus allgemeinbildenden Schulen und FOS	Ja, sind engagiert
Welche Eindrücke haben Sie von den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule, die Sie im Praktikum hatten?		guter Eindruck
Existiert für die Praktikanten eine realistische Chance auf Abschluss eines Ausbildungsvertrages? Wenn nein, warum nicht?	Praktikanten aus der FOS gehen teilweise in Ausbildung über	



Frage	Betrieb 5 (IHK)	Betrieb 6 (HWK)
Welche drei Stichworte fallen Ihnen spontan zum Stickwort Berufsfachschule ein?	Anrechnungsverordnung Fachlich nicht kompetent Keine Einstellung	Wenig Vergleichbar Nur leichte Vorbereitung auf die Ausbildung
Wie hoch ist in Ihrem Betrieb der Anteil der Absolventen der zweijährigen Berufsfachschule an den Azubis?	Kaum messbar, nur einzelne Schüler, nur im Beruf Elektroniker für Automatisierungstechnik. Hier wird angerechnet und hier sind auch Schüler aus der BFS, jedoch sind das nur wenige Fälle. Die anderen sind Fachoberschüler bzw. Gymnasiasten. Die Abiturienten verkürzen in der Regel zusätzlich die Ausbildung. Die Anfänger aus der BFS brechen die Ausbildung auf Grund des hohen Tempos oft ab.	Der Betrieb hat zurzeit zum ersten mal eine Auszubildende aus der BFS. Es ist noch eine weitere (reguläre) Auszubildende im Betrieb.
Erkennen Sie die zweijährige Berufsfachschule als erstes Ausbildungsjahr an?	Wird nur bei den Elektronikern gemacht. Nach bisherigen Erfahrungen funktioniert das nicht. Um die Verordnung zu umgehen wird mit allen Tricks gearbeitet.	In der Regel schon, es hängt jedoch vom jeweiligen Auszubildenden ab. Im Betrieb werden mehrtägige Arbeitsproben durchgeführt und darauf hin wird entschieden, ob anerkannt wird. Im Fall der Auszubildenden aus der BFS, die zurzeit im Betrieb ist, in eine Anerkennung erfolgt.
Welche Maßnahmen sind nötig, damit die zweijährige Berufsfachschule von der Wirtschaft angerechnet und akzeptiert wird?	Dürfte nicht als Warteschleife dienen. Anrechnungspflicht müsste abgeschafft werden.	Die Schülerinnen müssten soweit ausgebildet sein, wie eine Auszubildende nach dem ersten Lehrjahr, um daran anknüpfen zu können. Hierzu müsste vor allem mit Betrieben gearbeitet werden.
Welcher Reformbedarf besteht in der zweijährigen Berufsfachschule?	Vor allem inhaltlicher Reformbedarf. Die Inhalte sind zu wenig praktisch orientiert und entsprechen nicht dem ersten Jahr. Betriebliche Realität fehlt. à Anpassung an die Lernfelder, Geschäftsprozessorientierung, Projektbezogene Qualifizierung	Mehr praktische Ausbildung.
An welchen Qualifikationen mangelt es den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule? Liegen die Defizite eher im Bereich der beruflichen Fertigkeiten, der Betriebskompetenz, der Sozialkompetenz oder der Allgemeinbildung?	Berufliche Fertigkeiten fehlen, Betriebskompetenz nicht vorhanden, Sozialkompetenz ist kein Problem, Allgemeinbildung ist in dem Sinne problematisch, als dass zwar berufliche Fähigkeiten im Grunde da sind, aber nicht umgesetzt werden können. Abiturienten haben keine beruflichen Fertigkeiten, lernen diese durch hohes Auffassungsvermögen jedoch schnell.	Es mangelt an praktischen Fähigkeiten. Im Betrieb stehen die Auszubildenden den ganzen Tag im Laden, in der Schule fehlt das. Bei der Sozialkompetenz und Allgemeinbildung sind die Voraussetzungen oft sehr unterschiedlich, hier ist keine pauschale Antwort möglich.

Welches sind die entscheidenden Auswahlkriterien seitens Ihres Betriebes bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen?	Keine bestimmten Vorbildungsniveaus, da ist alles vertreten. Die Plätze werden durch Assessment-Center-Prozesse besetzt.	Die Schülerinnen müssen vor allem auf Leute zugehen können und kontaktfreudig sein, gewissenhaft und zuverlässig. Außerdem müssen sie modisch gekleidet und gepflegt sein. Schulische Voraussetzungen wurden nicht erwähnt.
Haben Sie Praktikanten aus der zweijährigen Berufsfachschule? Wenn nein, warum nicht?	Ja und nein. Der Betrieb achtet nicht drauf. Es gibt möglicherweise welche. Die Praktikantenplätze werden besetzt ohne auf die Schulform zu achten.	Generell nimmt der Betrieb Praktikantinnen auf, bisher gab es allerdings noch keine Praktikantinnen aus der zweijährigen Berufsfachschule. Es gibt keinen bestimmten Grund dafür, dass bisher keine Praktikantin aus der BFS im Betrieb war, zurzeit gibt es überhaupt keine Praktikantin im Laden.
Welche Eindrücke haben Sie von den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule, die Sie im Praktikum hatten?		
Existiert für die Praktikanten eine realistische Chance auf Abschluss eines Ausbildungsvertrages? Wenn nein, warum nicht?	Nicht unbedingt. Er kann das Praktikantenzeugnis der Online-Bewerbung beilegen und kann Bewerbungsfragen möglicherweise besser beantworten. Praktikanten müssen aber durch das gleiche Bewerbungsverfahren.	Definitiv. Da in dem Betrieb Arbeitsproben als Maßnahme zur Auswahl von Auszubildenden genutzt werden, besteht durch ein Praktikum die Chance in ein Ausbildungsverhältnis überzugehen, allerdings nur wenn der Betrieb zu diesem Zeitpunkt auch Auszubildende sucht.



Frage	Betrieb 7 (HWK)
Welche drei Stichworte fallen Ihnen spontan zum Stickwort Berufsfachschule ein?	Lehrzeitverkürzung, gut vorbereitet, wissen, was sie erwartet
Wie hoch ist in Ihrem Betrieb der Anteil der Absolventen der zweijährigen Berufsfachschule an den Azubis?	100% (einer von einem)
Erkennen Sie die zweijährige Berufsfachschule als erstes Ausbildungsjahr an?	ja
Welche Maßnahmen sind nötig, damit die zweijährige Berufsfachschule von der Wirtschaft angerechnet und akzeptiert wird?	wird bereits von diesem Betrieb akzeptiert
Welcher Reformbedarf besteht in der zweijährigen Berufsfachschule?	Praktika,
An welchen Qualifikationen mangelt es den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule? Liegen die Defizite eher im Bereich der beruflichen Fertigkeiten, der Betriebskompetenz, der Sozialkompetenz oder der Allgemeinbildung?	kein Manko
Welches sind die entscheidenden Auswahlkriterien seitens Ihres Betriebes bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen?	Distanz Wohnort-Betrieb, Infos über Netzwerke, "guter Eindruck"
Haben Sie Praktikanten aus der zweijährigen Berufsfachschule? Wenn nein, warum nicht?	Betrieb hatte zwar Praktikanten, aber nicht aus der zweij. BFS., es war nicht bekannt, dass auch in dieser Schulform Praktika angeboten werden
Welche Eindrücke haben Sie von den Schülern aus der zweijährigen Berufsfachschule, die Sie im Praktikum hatten?	
Existiert für die Praktikanten eine realistische Chance auf Abschluss eines Ausbildungsvertrages? Wenn nein, warum nicht?	Ja, oft